Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/1131

10. 09. 91

Sachgebiet

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit

A. Zielsetzung

Es handelt sich um einen umfassenden Kooperationsvertrag, der perspektivische Aussagen zu allen wesentlichen Bereichen der bilateralen Zusammenarbeit und zum Status der deutschen Minderheit in der Republik Polen enthält.

B. Lösung

Ratifizierung des oben genannten Vertrags. Der Vertrag bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes als Voraussetzung für den Austausch der Ratifikationsurkunden der Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften in Form eines Bundesgesetzes.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (212) – 301 30 – P 4 – Po 48/91 Bonn, den 9. September 1991

An den
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister des Auswärtigen.

Der Gesetzentwurf ist dem Bundesrat am 16. August 1991 als besonders eilbedürftig zugeleitet worden.

Die Stellungnahme des Bundesrates zu dem Gesetzentwurf sowie die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates werden nachgereicht.

Kohl

Entwurf

Gesetz zu dem Vertrag vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 17. Juni 1991 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit mit dem dazugehörigen Briefwechsel zwischen dem Bundesminister des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen vom 17. Juni 1991 wird zugestimmt. Der Vertrag und der Briefwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 38 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er die politischen Beziehungen des Bundes regelt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 38 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Der Vertrag enthält politische Verpflichtungen und Willensbekundungen, die selbst keine finanziellen Auswirkungen haben. Insofern sind keine unmittelbaren preislichen Auswirkungen davon zu erwarten.

Auswirkungen auf die Umwelt in der Bundesrepublik Deutschland sind ebenfalls nicht zu erwarten.

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit

Traktat między Republiką Federalną Niemiec a Rzecząpospolitą Polską o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy

Die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Polen –

in dem Bestreben, die leidvollen Kapitel der Vergangenheit abzuschließen und entschlossen, an die guten Traditionen und das freundschaftliche Zusammenleben in der jahrhundertelangen Geschichte Deutschlands und Polens anzuknüpfen,

angesichts der historischen Veränderungen in Europa, insbesondere der Herstellung der Einheit Deutschlands und des tiefgreifenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels in Polen,

überzeugt von der Notwendigkeit, die Trennung Europas endgültig zu überwinden und eine gerechte und dauerhafte europäische Friedensordnung zu schaffen,

im Bewußtsein ihrer gemeinsamen Interessen und ihrer gemeinsamen Verantwortung für den Aufbau eines neuen, durch Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vereinten und freien Europa,

in der festen Überzeugung, daß sie durch die Verwirklichung des lang gehegten Wunsches ihrer beiden Völker nach Verständigung und Versöhnung einen gewichtigen Beitrag für die Erhaltung des Friedens in Europa leisten,

in der Erkenntnis, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit ein notwendiges Element der Entwicklung umfassender beiderseitiger Beziehungen auf einer stabilen und festen Grundlage sowie beim Abbau des Entwicklungsgefälles und bei der Stärkung des Vertrauens zwischen beiden Ländern und ihren Völkern ist, sowie in dem Wunsch, diese Zusammenarbeit in der Zukunft wesentlich auszubauen und zu vertiefen,

im Bewußtsein der Bedeutung, welche die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Gemeinschaft und die politische und wirtschaftliche Heranführung der Republik Polen an die Europäische Gemeinschaft für die künftigen Beziehungen der beiden Staaten haben,

eingedenk des unverwechselbaren Beitrags des deutschen und des polnischen Volkes zum gemeinsamen kulturellen Erbe Europas und der jahrhundertelangen gegenseitigen Bereicherung der Kulturen beider Völker sowie der Bedeutung des Kulturaustauschs für das gegenseitige Verständnis und für die Aussöhnung der Völker,

überzeugt, daß der jungen Generation bei der Neugestaltung des Verhältnisses beider Länder und Völker und der Vertrauensbildung zwischen ihnen eine besondere Rolle zukommt,

Republika Federalna Niemiec i Rzeczpospolita Polska,

– dążąc do zamknięcia bolesnych rozdziałów przeszłości oraz zdecydowane nawiązać do dobrych tradycji i przyjaznego współżycia w wielowiekowej historii Niemiec i Polski,

– uwzględniając historyczne zmiany w Europie, w szczególności ustanowienie jedności Niemiec oraz głębokie przemiany polityczne, gospodarcze i społeczne w Polsce,

– przekonane o konieczności ostatecznego przezwyciężenia podziału Europy oraz stworzenia sprawiedliwego i trwałego pokojowego ładu europejskiego,

– świadome wspólnoty ich interesów oraz wspólnej odpowiedzialności za zbudowanie Europy nowej, wolnej i zjednoczonej przez prawa człowieka, demokrację i ideę państwa prawa,

– głęboko przekonane, że urzeczywistniając żywione od dawna przez ich Narody pragnienie porozumienia i pojednania, wnoszą ważki wkład w zachowanie pokoju w Europie,

– uznając, że współpraca gospodarcza jest niezbędnym czynnikiem rozwoju szerokich dwustronnych stosunków na stabilnej i trwałej podstawie, zmniejszenia różnic rozwojowych oraz umocnienia zaufania między obu Państwami i Narodami, a także wyrażając wolę istotnego rozszerzenia i pogłębienia tej współpracy w przyszłości,

– świadome znaczenia, jakie dla przyszłych stosunków obu Państw ma członkostwo Republiki Federalnej Niemiec we Wspólnocie Europejskiej oraz polityczne i gospodarcze przyłączanie Rzeczypospolitej Polskiej do tej Wspólnoty,

– pomne niepowtarzalnego wkładu Narodów niemieckiego i polskiego do wspólnego europejskiego dziedzictwa kulturowego oraz wielowiekowego wzajemnego wzbogacania się kultur obu Narodów, jak również znaczenia wymiany kulturalnej dla wzajemnego zrozumienia i pojednania narodów,

– przekonane, że młodym pokoleniom przypada szczególna rola w nowym ukształtowaniu stosunków między obydwoma Państwami i Narodami oraz w budowie zaufania między nimi,

in Würdigung des Vertrags vom 14. November 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien werden ihre Beziehungen im Geiste guter Nachbarschaft und Freundschaft gestalten. Sie streben eine enge friedliche und partnerschaftliche Zusammenarbeit auf allen Gebieten an. In europäischer Verantwortung werden sie ihre Kräfte dafür einsetzen, den Wunsch ihrer beiden Völker nach dauerhafter Verständigung und Versöhnung in die Tat umzusetzen.

(2) Die Vertragsparteien streben die Schaffung eines Europa an, in dem die Menschenrechte und Grundfreiheiten geachtet werden und die Grenzen ihren trennenden Charakter auch dadurch verlieren, daß wirtschaftliche und soziale Unterschiede überwunden werden.

Artikel 2

Die Vertragsparteien bekennen sich bei der Gestaltung ihrer Beziehungen und in Fragen des Friedens, der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und in der Welt insbesondere zu folgenden Grundsätzen:

Oberstes Ziel ihrer Politik ist es, den Frieden zu wahren und zu festigen und jede Art von Krieg zuverlässig zu verhindern.

Sie handeln in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, insbesondere der Charta der Vereinten Nationen, sowie mit der Schlußakte von Helsinki vom 1. August 1975, der Charta von Paris für ein neues Europa vom 21. November 1990 sowie den Dokumenten der KSZE-Folgetreffen.

Sie achten gegenseitig ihre souveräne Gleichheit, ihre territoriale Integrität, die Unantastbarkeit ihrer Grenzen, ihre politische Unabhängigkeit sowie den Grundsatz des Verbots der Drohung mit oder Anwendung von Gewalt.

Sie bekräftigen das Recht aller Völker und Staaten, ihr Schicksal frei und ohne äußere Einmischung zu bestimmen und ihre politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nach eigenen Wünschen zu gestalten.

Sie stellen den Menschen mit seiner Würde und mit seinen Rechten, die Sorge für das Überleben der Menschheit und die Erhaltung der natürlichen Umwelt in den Mittelpunkt ihrer Politik.

Sie verurteilen klar und unmißverständlich Totalitarismus, Rassenhaß und Haß zwischen Volksgruppen, Antisemitismus, Fremdenhaß und Diskriminierung irgendeines Menschen sowie die Verfolgung aus religiösen und ideologischen Gründen.

Sie betrachten Minderheiten und gleichgestellte Gruppen als natürliche Brücken zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk und sind zuversichtlich, daß diese Minderheiten und Gruppen einen wertvollen Beitrag zum Leben ihrer Gesellschaften leisten.

Sie bekräftigen die unmittelbare Geltung der allgemeinen Regeln des Völkerrechts im innerstaatlichen Recht und in den internationalen Beziehungen und sind entschlossen, ihre vertraglichen Verpflichtungen gewissenhaft zu erfüllen. Sie werden die Schlußakte von Helsinki, die Charta von Paris für ein neues Europa und die anderen KSZE-Dokumente in allen Bereichen verwirklichen.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien werden regelmäßige Konsultationen abhalten, um eine Weiterentwicklung und Vertiefung der bilateralen Beziehungen sicherzustellen und ihre Haltung zu internationalen Fragen abzustimmen.

(2) Konsultationen auf der Ebene der Regierungschefs finden so oft wie erforderlich, mindestens einmal jährlich statt.

– doceniając znaczenie Traktatu między Republiką Federalną Niemiec a Rzecząpospolitą Polską o potwierdzeniu istniejącej między nimi granicy, podpisanego 14 listopada 1990 roku,

uzgodniły, co następuje:

Artykuł 1

1. Umawiające się Strony będą kształtować swoje stosunki w duchu dobrego sąsiedztwa i przyjaźni. Dążą do ścisłej pokojowej i partnerskiej współpracy we wszystkich dziedzinach. Świadome odpowiedzialności europejskiej dołożą starań, aby urzeczywistnić pragnienie obu Narodów osiągnięcia trwałego porozumienia i pojednania.

2. Umawiające się Strony dążą do stworzenia Europy, w której przestrzegane są prawa człowieka i podstawowe wolności, a granice utracą dzielący charakter, również w wyniku przezwyciężenia różnic gospodarczych i społecznych.

Artykuł 2

Umawiające się Strony kierują się w kształtowaniu swych stosunków, a także w sprawach pokoju, bezpieczeństwa i współpracy w Europie i na świecie, przede wszystkim następującymi zasadami:

– nadrzędnym celem ich polityki jest zachowanie i umocnienie pokoju oraz skuteczne zapobieganie wszelkim wojnom,

– postępują zgodnie z prawem międzynarodowym, w szczególności Kartą Narodów Zjednoczonych, a także zgodnie z podpisanym 1 sierpnia 1975 roku w Helsinkach Aktem końcowym Konferencji Bezpieczeństwa i Współpracy w Europie, Paryską kartą dla nowej Europy z 21 listopada 1990 roku oraz dokumentami kolejnych spotkań KBWE,

– przestrzegają wzajemnie suwerennej równości, integralności terytorialnej, nietykalności granic, niezawisłości politycznej oraz zasady zakazującej użycia siły lub groźby jej użycia,

– potwierdzają prawo wszystkich narodów i państw do swobodnego stanowienia o swym losie bez zewnętrznej ingerencji oraz do kształtowania swego rozwoju politycznego, gospodarczego, społecznego i kulturalnego według własnych życzeń,

– stawiają w centrum swej polityki człowieka, z jego godnością i prawami oraz troskę o przetrwanie ludzkości i zachowanie środowiska naturalnego,

– potępiają z całą stanowczością totalitaryzm, nienawiść rasową i etniczną, antysemityzm, ksenofobię i dyskryminację kogokolwiek, jak również prześladowanie z powodów religijnych i ideologicznych,

– uznają mniejszości i równorzędne grupy za naturalny pomost między Narodami niemieckim i polskim oraz ufają, że te mniejszości i grupy wnoszą cenny wkład do życia ich społeczeństw,

– potwierdzają bezpośrednie obowiązywanie powszechnych norm prawa międzynarodowego w prawie krajowym i w stosunkach międzynarodowych oraz są zdecydowane sumiennie wypełniać swe zobowiązania umowne; będą we wszystkich dziedzinach urzeczywistniać Akt końcowy KBWE, Paryską kartę dla nowej Europy oraz pozostałe dokumenty KBWE.

Artykuł 3

1. Umawiające się Strony będą przeprowadzać regularne konsultacje w celu zapewnienia dalszego rozwoju i pogłębiania stosunków dwustronnych oraz uzgadniania ich stanowiska w sprawach międzynarodowych.

2. Konsultacje szefów Rządów będą się odbywać tak często jak to będzie potrzebne, co najmniej jednak raz w roku.

(3) Die Außenminister tragen für die Durchführung dieses Vertrags in seiner Gesamtheit Sorge. Sie werden mindestens einmal jährlich zu Konsultationen zusammentreffen. Leitende Beamte der beiden Außenministerien, denen politische, wirtschaftliche und kulturelle Angelegenheiten obliegen, treffen regelmäßig, mindestens einmal jährlich, zu Konsultationen zusammen.

(4) Die Minister anderer Ressorts, darunter die Verteidigungsminister, werden regelmäßig miteinander in Kontakt treten. Das gleiche gilt für die leitenden Beamten dieser Ressorts.

(5) Die bereits bestehenden gemeinsamen Kommissionen werden ihre Arbeit nach Möglichkeit intensivieren. Neue gemischte Kommissionen werden bei Bedarf nach gegenseitiger Absprache gebildet.

3. Ministrowie Spraw Zagranicznych sprawują pieczę nad realizacją całości niniejszego Traktatu. Będą oni odbywać konsultacje co najmniej raz w roku. Wyżsi urzędnicy obu Ministerstw Spraw Zagranicznych, zajmujący się sprawami politycznymi, gospodarczymi i kulturalnymi, będą odbywać regularne konsultacje co najmniej raz w roku.

4. Ministrowie innych resortów, w tym Ministrowie Obrony, będą utrzymywać regularne kontakty. To samo dotyczy wyższych urzędników tych resortów.

5. Istniejące dotychczas wspólne komisje zintensyfikują w miarę możliwości swoje prace. W razie potrzeby, w wyniku wzajemnego uzgodnienia, będą tworzone nowe komisje mieszane.

Artikel 4

Die Vertragsparteien unterstützen die Kontakte und den Erfahrungsaustausch zwischen den Parlamenten zur Förderung der bilateralen Beziehungen und im Hinblick auf die internationale parlamentarische Zusammenarbeit.

Artykuł 4

Umawiające się Strony popierają kontakty i wymianę doświadczeń między parlamentami w celu rozwoju stosunków dwustronnych oraz mając na względzie międzynarodową współpracę parlamentarną.

Artikel 5

(1) Die Vertragsparteien bekräftigen, daß sie sich der Drohung mit oder Anwendung von Gewalt enthalten werden, die gegen die territoriale Integrität oder die politische Unabhängigkeit der jeweils anderen Vertragspartei gerichtet oder auf irgendeine andere Art und Weise mit den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen oder mit der Schlußakte von Helsinki unvereinbar ist.

(2) Die Vertragsparteien werden ihre Streitigkeiten ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen und keine ihrer Waffen jemals anwenden, es sei denn zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung. Sie werden niemals und unter keinen Umständen als erste Streitkräfte gegeneinander einsetzen.

(3) Die Vertragsparteien werden den Frieden durch den Aufbau kooperativer Strukturen der Sicherheit für ganz Europa festigen. Sie werden dementsprechend in voller Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki, der Charta von Paris für ein neues Europa sowie der anderen KSZE-Dokumente den Prozeß der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa nach Kräften unterstützen und unter Mitwirkung aller Teilnehmerstaaten der KSZE weiter stärken und entwickeln.

Artykuł 5

1. Umawiające się Strony potwierdzają, że będą się powstrzymywać od użycia siły lub groźby jej użycia przeciwko integralności terytorialnej lub politycznej niezawisłości drugiej Umawiającej się Strony lub w jakikolwiek inny sposób niezgodny z celami i zasadami Karty Narodów Zjednoczonych lub z Aktem końcowym KBWE.

2. Umawiające się Strony będą rozstrzygały swe spory wyłącznie przy pomocy środków pokojowych i nigdy nie użyją żadnych ze swych broni, chyba że dla indywidualnej albo zbiorowej samoobrony. Nigdy i w żadnych okolicznościach jako pierwsze nie skierują sił zbrojnych przeciwko sobie.

3. Umawiające się Strony będą umacniać pokój przez tworzenie kooperacyjnych struktur bezpieczeństwa dla całej Europy. W związku z tym, realizując w pełni Akt końcowy KBWE, Paryską kartę dla nowej Europy oraz pozostałe dokumenty KBWE, będą popierać w miarę swych sił proces bezpieczeństwa i współpracy w Europie oraz nadal umacniać i rozwijać ten proces przy współudziale wszystkich państw uczestniczących w KBWE.

Artikel 6

(1) Die Vertragsparteien haben in einem sich wandelnden politischen und militärischen Umfeld in Europa das gemeinsame Ziel, auf eine Stärkung der Stabilität und Erhöhung der Sicherheit hinzuwirken. Sie werden insbesondere zusammenarbeiten, um die sich ergebenden neuen Möglichkeiten gemeinsamer Anstrengungen im Bereich der Sicherheit zu nutzen.

(2) Die Vertragsparteien treten dafür ein, daß Streitkräfte und Rüstungen durch verbindliche und wirksam überprüfbare Vereinbarungen auf ein möglichst niedriges Niveau reduziert werden, das zur Verteidigung ausreicht, aber nicht zum Angriff befähigt.

(3) Die Vertragsparteien werden sich, auch gemeinsam, für den multilateralen und bilateralen Ausbau vertrauensbildender und stabilisierender sowie anderer rüstungskontrollpolitischer Maßnahmen einsetzen, die Stabilität und Vertrauen stärken und zu größerer Offenheit führen.

Artykuł 6

1. W zmieniających się warunkach politycznych i militarnych w Europie, wspólnym celem Umawiających się Stron jest działanie na rzecz umocnienia stabilności i zwiększenia bezpieczeństwa. Strony będą zwłaszcza współpracować, aby wykorzystać pojawiające się nowe możliwości podejmowania wspólnych wysiłków w dziedzinie bezpieczeństwa.

2. Umawiające się Strony opowiadają się za tym, aby w drodze wiążących i dających się skutecznie kontrolować porozumień, siły zbrojne i zbrojenia zostały zredukowane do możliwie najniższego poziomu, wystarczającego do obrony, lecz nie dającego możliwości ataku.

3. Umawiające się Strony będą się angażować, również wspólnie, na rzecz wielostronnego i dwustronnego rozszerzania środków budowy zaufania i stabilizacji, a także innych politycznych środków kontroli zbrojeń, umacniających stabilność i zaufanie oraz prowadzących ku większej otwartości.

Artikel 7

Falls eine Situation entsteht, die nach Meinung einer Vertragspartei eine Bedrohung für den Frieden oder eine Verletzung des Friedens darstellt oder gefährliche internationale Verwicklungen hervorrufen kann, so werden beide Vertragsparteien unverzüglich miteinander Verbindung aufnehmen und bemüht sein, ihre Positionen abzustimmen und Einverständnis über Maßnahmen zu erzielen, die geeignet sind, die Lage zu verbessern oder zu bewältigen.

Artykuł 7

W przypadku powstania sytuacji, która zdaniem jednej z Umawiających się Stron stanowi zagrożenie lub naruszenie pokoju albo może wywołać niebezpieczne międzynarodowe powikłania, Umawiajace sie Strony nawiążą ze sobą niezwłocznie kontakt oraz będą starały się uzgodnić swe stanowiska i osiągnąć porozumienie co do właściwych środków, aby poprawić lub opanować tę sytuację.

Artikel 8

(1) Die Vertragsparteien messen dem Ziel der Europäischen Einheit auf der Grundlage der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit höchste Bedeutung bei und werden sich für die Erreichung dieser Einheit einsetzen.

(2) Mit dem Abschluß eines Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Republik Polen legen die Europäischen Gemeinschaften, ihre Mitgliedstaaten und die Republik Polen die Grundlage für eine politische und wirtschaftliche Heranführung der Republik Polen an die Europäische Gemeinschaft. Die Heranführung wird von der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen ihrer Möglichkeiten nach Kräften gefördert.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland steht positiv zur Perspektive eines Beitritts der Republik Polen zur Europäischen Gemeinschaft, sobald die Voraussetzungen dafür gegeben sind.

Artykuł 8

1. Umawiające się Strony przywiązują najwyższe znaczenie do jedności europejskiej opartej na prawach człowieka, demokracji i idei państwa prawa oraz będą działać na rzecz osiągnięcia tej jedności.

2. Wspólnoty Europejskie, ich państwa członkowskie oraz Rzeczpospolita Polska stwarzają przez zawarcie Umowy o stowarzyszeniu między Wspólnotami Europejskimi a Rzecząpospolitą Polską podstawę dla politycznego i gospodarczego przyłączania Rzeczypospolitej Polskiej do Wspólnoty Europejskiej. Republika Federalna Niemiec będzie wspierać to przyłączanie w miarę sił i mozliwości.

3. Republika Federalna Niemiec odnosi się pozytywnie do perspektywy przystąpienia Rzeczypospolitej Polskiej do Wspólnoty Europejskiej, gdy tylko powstaną ku temu przesłanki.

Artikel 9

(1) Die Vertragsparteien werden sich für die Ausweitung und Diversifizierung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen in allen Bereichen einsetzen. Sie werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Gesetzgebung und ihrer Verpflichtungen aus internationalen Verträgen, darunter den Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus der Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft, die günstigsten Rahmenbedingungen, insbesondere auf wirtschaftlichem, rechtlichem und organisatorischem Gebiet, für natürliche und juristische Personen für wirtschaftliche, darunter unternehmerische Tätigkeiten schaffen.

(2) Die Vertragsparteien sind sich einig darüber, daß der in der Republik Polen eingeleitete wirtschaftliche Umgestaltungsprozeß durch internationale Zusammenarbeit gefördert werden soll. Die Bundesrepublik Deutschland ist bereit, sowohl bilateral wie auch multilateral auf die Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung Polens im Rahmen einer voll entwickelten sozialen Marktwirtschaft hinzuwirken. Damit sollen auch die Bedingungen für eine wesentliche Verringerung der Entwicklungsunterschiede geschaffen werden.

(3) Die Vertragsparteien werden insbesondere die Entwicklung der Zusammenarbeit in den Bereichen Investitionen und Kapitalanlagen sowie industrieller Kooperationen zwischen deutschen und polnischen Unternehmen unter voller Ausnutzung aller verfügbaren Förderungsinstrumente unterstützen. Dabei wird der Zusammenarbeit zwischen kleinen und mittleren Firmen und Betrieben besondere Aufmerksamkeit gelten.

(4) Die Vertragsparteien messen der Zusammenarbeit in der Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften der Wirtschaft eine wichtige Bedeutung für die Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen bei und sind bereit, sie wesentlich auszubauen und zu vertiefen.

Artykuł 9

1. Umawiające się Strony będą działać na rzecz rozszerzania i wzbogacania wzajemnych stosunków gospodarczych we wszystkich dziedzinach. Stworzą, w ramach ustawodawstwa krajowego oraz ich zobowiązań wynikających z umów międzynarodowych, w tym zobowiązań Republiki Federalnej Niemiec wynikających z członkostwa we Wspólnocie Europejskiej, najdogodniejsze przesłanki, w szczególności gospodarcze, prawne i organizacyjne, dla działalności gospodarczej, w tym przemysłowej i usługowej, osob fizycznych oraz prawnych.

2. Umawiające się Strony są zgodne co do tego, iż zapoczątkowany w Rzeczypospolitej Polskiej proces przeobrażeń gospodarczych powinien zostać wsparty współpracą międzynarodową. Republika Federalna Niemiec jest gotowa działać na płaszczyźnie zarówno dwustronnej jak i wielostronnej, na rzecz wspierania rozwoju gospodarczego Polski, w ramach w pełni rozwiniętej społecznej gospodarki rynkowej. Tym samym powinny również zostać stworzone warunki dla istotnego zmniejszenia różnic rozwojowych.

3. Umawiające się Strony będą w szczególności popierać rozwój współpracy inwestycyjnej i kapitałowej oraz kooperacji przemysłowej przedsiębiorstw niemieckich i polskich, wykorzystując w pełni wszystkie dostępne środki promocji. Szczególna uwaga będzie skierowana na współpracę małych i średnich przedsiębiorstw i zakładów.

4. Umawiające się Strony uważają, że współpraca w zakresie kształcenia i doskonalenia zawodowego kadr fachowych i kierowniczych w gospodarce ma duże znaczenie dla ukształtowania stosunków dwustronnych oraz gotowe są znacznie ją rozbudować i pogłębić.

Artikel 10

(1) Die Vertragsparteien erkennen die Bedeutung normaler Finanz- und Kreditbeziehungen als einen Faktor für den Prozeß der wirtschaftlichen Umgestaltung in der Republik Polen sowie für die Festigung und Belebung ihrer Gesamtbeziehungen an. Sie werden im Rahmen ihrer Verpflichtungen aus internationalen Übereinkünften und im Rahmen ihrer innerstaatlichen Regeln ihre Anstrengungen fortsetzen, um günstige Voraussetzungen für die weitere Entwicklung ihrer finanziellen Zusammenarbeit zu schaffen. In diesem Zusammenhang sind sie sich der Bedeutung bewußt, die den Exportkreditgewährleistungen für die Stärkung ihrer Wirtschaftsbeziehungen zukommt.

(2) Die Vertragsparteien bestätigen ihre Bereitschaft, unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen und der beiderseits bestehenden Zusammenarbeit mit anderen Ländern, im Rahmen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie anderer multilateraler Finanzinstitutionen, insbesondere des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, zusammenzuarbeiten.

Artykuł 10

1. Umawiające się Strony doceniają znaczenie normalnych stosunków finansowych i kredytowych jako czynnika w procesie przeobrażeń gospodarczych w Rzeczypospolitej Polskiej oraz dla umocnienia i ożywienia całokształtu ich stosunków. Zgodnie z ich międzynarodowymi zobowiązaniami umownymi i normami prawa krajowego, będą kontynuować wysiłki w celu stworzenia dogodnych przesłanek dla dalszego rozwoju ich współpracy finansowej. W tym kontekście świadome są znaczenia, jakie dla umocnienia ich stosunków gospodarczych mają eksportowe gwarancje kredytowe.

2. Umawiające się Strony, uwzględniając obopólne interesy oraz istniejącą współpracę każdej z nich z innymi państwami, potwierdzają gotowość współpracy w ramach Europejskiego Banku Odbudowy i Rozwoju oraz innych wielostronnych instytucji finansowych, w szczególności Międzynarodowego Funduszu Walutowego i Banku Światowego.

(3) Die Vertragsparteien sind der Auffassung, daß die Lösung des Problems der polnischen Verschuldung eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg der in der Republik Polen eingeleiteten Wirtschaftsreformen ist. Dementsprechend werden sie in diesem Bereich weiter zusammenarbeiten.

3. Umawiające się Strony uważają, że rozwiązanie problemu polskiego zadłużenia stanowi ważną przesłankę powodzenia reform gospodarczych, zapoczątkowanych w Rzeczypospolitej Polskiej. Stosownie do tego będą nadal współpracować w tej dziedzinie.

Artikel 11

Die Vertragsparteien sind sich einig über die besondere Bedeutung ihrer Zusammenarbeit bei der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse, bei deren Verarbeitung, Transport und Lagerung sowie der Schaffung und Förderung moderner, hochleistungsfähiger landwirtschaftlicher Betriebe, die Kooperationsbeziehungen mit der Nahrungsmittel- und Verarbeitungsindustrie sowie dem Handel unterhalten.

Artykuł 11

Umawiające się Strony są zgodne co do szczególnego znaczenia współpracy między nimi w wytwarzaniu produktów rolnych, ich przetwórstwie, transporcie i przechowalnictwie, a także w tworzeniu i popieraniu nowoczesnych, wysokowydajnych gospodarstw rolnych, utrzymujących stosunki kooperacyjne z przemysłem spożywczym, przetwórczym oraz handlem.

Artikel 12

(1) Die Vertragsparteien messen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Regionen, Städten, Gemeinden und anderen Gebietskörperschaften, insbesondere im grenznahen Bereich, hohe Bedeutung bei.

(2) Die Vertragsparteien werden diese Zusammenarbeit, insbesondere die Tätigkeit der Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit, auf allen Gebieten erleichtern und fördern.

(3) Die Vertragsparteien lassen sich in der regionalen und grenznahen Zusammenarbeit insbesondere von den entsprechenden Konventionen des Europarats leiten. Sie streben die Einbeziehung dieser Zusammenarbeit in die Tätigkeit der entsprechenden europäischen Gremien an.

Artykuł 12

1. Umawiające się Strony przywiązują duże znaczenie do partnerskiej współpracy między regionami, miastami, gminami i innymi jednostkami terytorialnymi, w szczególności na obszarach przygranicznych.

2. Umawiające się Strony będą ułatwiać i wspierać tę współpracę we wszystkich dziedzinach, w szczególności działaloność Komisji międzyrządowej do spraw współpracy regionalnej i przygranicznej.

3. Umawiające się Strony kierują się we współpracy regionalnej i przygranicznej w szczególności odnośnymi konwencjami Rady Europy. Będą dążyć do włączenia tej współpracy do działalnosci odpowiednich gremiów europejskich.

Artikel 13

Die Vertragsparteien stimmen darin überein, daß in einem zusammenwachsenden Europa die Abstimmung der Raumordnungspolitik der einzelnen Staaten, insbesondere zwischen unmittelbaren Nachbarstaaten, notwendig ist. Sie werden deshalb in der Raumordnung und der räumlichen Planung auf allen Ebenen grenzüberschreitend zusammenarbeiten.

Artykuł 13

Umawiające się Strony są zgodne co do tego, że w jednoczącej się Europie istnieje konieczność uzgadniania polityki poszczególnych państw w dziedzinie gospodarki przestrzennej, w szczególności między państwami bezpośrednio sąsiadującymi. Z tego też względu Umawiające się Strony będą realizować współpracę transgraniczną na wszystkich szczeblach w dziedzinie gospodarki przestrzennej i planowania przestrzennego.

Artikel 14

(1) Die Vertragsparteien werden auf der Grundlage ihrer Übereinkünfte im Bereich der sozialen Sicherung und der arbeits- und sozialpolitischen Zusammenarbeit ihre Beziehungen ausbauen und vertiefen.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland wird der Republik Polen bei der Umgestaltung der Systeme der sozialen Sicherung, der Arbeitsförderung und der Arbeitsbeziehungen beratende Hilfestellung leisten.

Artykuł 14

1. Umawiające się Strony będą rozszerzać i pogłębiać wzajemne stosunki na podstawie zawartych przez nie umów w dziedzinie zabezpieczenia społecznego oraz współpracy w zakresie pracy i polityki socjalnej.

2. Republika Federalna Niemiec będzie udzielać poradnictwa i pomocy Rzeczypospolitej Polskiej w przekształcaniu systemu zabezpieczenia społecznego, aktywizacji zawodowej oraz w dziedzinie stosunków pracy.

Artikel 15

(1) Die Vertragsparteien werden die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten nach den Prinzipien der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens unter Berücksichtigung der Möglichkeiten moderner Wissenschaft und Technologie zum Wohl der Menschen, zu friedlichen Zwecken und zur Mehrung des Wohlstands entwickeln und erleichtern.

(2) Die Vertragsparteien werden auf der Grundlage bestehender Übereinkünfte die Zusammenarbeit auf diesen Gebieten erweitern und ihre Ergebnisse in gemeinsamen Vorhaben umsetzen.

(3) Die Vertragsparteien werden Initiativen von Wissenschaftlern und Forschungseinrichtungen unterstützen, die auf eine dynamische, harmonische und umfassende Entwicklung dieser Zusammenarbeit gerichtet sind.

(4) Die Vertragsparteien werden den intensiven Austausch von Informationen und wissenschaftlich-technischer Dokumentation

Artykuł 15

1. Umawiające się Strony będą rozwijać i ułatwiać współpracę naukową i techniczną między obydwoma Państwami na zasadach równouprawnienia i wzajemnych korzyści, uwzględniając możliwości nowoczesnej nauki i techniki, dla dobra człowieka, w celach pokojowych i dla pomnażania dobrobytu.

2. Umawiające się Strony będą rozszerzać współpracę w tych dziedzinach na podstawie istniejących umów oraz wykorzystywać jej wyniki w drodze wspólnych przedsięwzięć.

3. Umawiające się Strony będą popierać inicjatywy naukowców i instytucji badawzcych, zmierzające do dynamicznego, harmonijnego i wszechstronnego rozwoju tej współpracy.

4. Umawiające się Strony będą popierać intensywną wymianę informacji i dokumentacji naukowo-technicznej, a także ułatwiać

unterstützen und den Zugang zu wissenschaftlichen Forschungsinstituten, Archiven, Bibliotheken und ähnlichen Einrichtungen erleichtern.

dostęp instytutów naukowo-badawczych, archiwów, bibliotek i podobnych instytucji.

Artikel 16

(1) Die Vertragsparteien messen der Abwehr drohender Gefahren für die Umwelt und der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen auch im Interesse künftiger Generationen große Bedeutung bei. Sie bekräftigen ihre Entschlossenheit, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes auf der Grundlage bestehender Übereinkünfte fortzusetzen und auch vertraglich weiter auszubauen.

(2) Im Vordergrund der Zusammenarbeit soll die Erfassung und Beseitigung von Umweltbelastungen in der Grenzregion, insbesondere im Einzugsgebiet der Oder, stehen.

(3) Die Vertragsparteien werden sich darüber hinaus für die Entwicklung abgestimmter Strategien für eine regionale und internationale Umweltpolitik einsetzen mit dem Ziel einer dauerhaften und umweltverträglichen Entwicklung in Europa.

Artykuł 16

1. Umawiające się Strony przywiązują duże znaczenie do zapobiegania zagrożeniom środowiska i do utrzymania naturalnych podstaw życia również w interesie przyszłych pokoleń. Potwierdzają swe zdecydowanie kontynuowania współpracy w dziedzinie ochrony środowiska na podstawie istniejących umów, a także jej dalszego rozszerzania w drodze umownej.

2. Pierwszoplanowe znaczenie w tej współpracy należy nadać ustaleniu i likwidacji obciążeń środowiska na obszarach przygranicznych, w szczególnósci w dorzeczu Odry.

3. Umawiające się Strony będą się pondto angażować na rzecz rozwijania uzgodnionych strategii, dotyczących regionalnej i międzynarodowej polityki ochrony środowiska, w celu zapewnienia trwałego, sprzyjającego środowisku rozwoju w Europie.

Artikel 17

Die Vertragsparteien werden zusammenwirken, um sich gegenseitig bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen Hilfe zu leisten.

Artykuł 17

Umawiające się Strony będą współdziałać w celu wzajemnego świadczenia pomocy w razie klęsk i ciężkich wypadków.

Artikel 18

(1) Die Vertragsparteien streben eine Erweiterung der Transportverbindungen im Luft-, Eisenbahn- und Straßenverkehr sowie in der See- und Binnenschiffahrt unter Nutzung modernster Technologien an.

(2) Die Vertragsparteien bemühen sich, günstige Rahmenbedingungen für die Nutzung ihrer Verkehrswege bei Beförderungen zwischen ihren Hoheitsgebieten und im Durchgangsverkehr zu schaffen.

(3) Die Vertragsparteien streben eine Erweiterung, Verbesserung und Harmonisierung der Kommunikationsverbindungen unter Berücksichtigung der europäischen und internationalen Entwicklung in Normung und Technologie an. Das gilt insbesondere für Telefon-, Telex- und Datenverbindungen.

Artykuł 18

1. Umawiające się Strony dążą do rozszerzenia połączeń transportowych w ruchu powietrznym, kolejowym, drogowym oraz w żegludze morskiej i śródlądowej, wykorzystując najnowocześniejsze technologie.

2. Umawiające się Strony dołożą starań, aby stworzyć dogodne warunki dla korzystania z ich szlaków komunikacyjnych w transporcie między ich terytoriami oraz w tranzycie.

3. Umawiające się Strony dążą do rozszerzenia, usprawnienia i zharmonizowania połączeń telekomunikacyjnych, uwzględniając stan rozwoju europejskich i międzynarodowych norm technicznych oraz technologii. Dotyczy to w szczególności połączeń telefonicznych, teleksowych i elektronicznego przekazywania danych.

Artikel 19

(1) Die Vertragsparteien werden alle geeigneten Maßnahmen treffen, um den Reise- und Fremdenverkehr zu fördern und zu erleichtern.

(2) Die Vertragsparteien werden sich bemühen, die Zoll- und Grenzabfertigung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu verbessern und zu beschleunigen sowie die Zusammenarbeit der jeweiligen Verwaltungen weiter zu entwickeln.

(3) Die Vertragsparteien beabsichtigen, bestehende Grenzübergänge entsprechend dem Verkehrsaufkommen auszubauen und zu modernisieren sowie neue erforderliche Grenzübergänge einzurichten.

Artiykuł 19

1. Umawiające się Strony podejmą wszelkie stosowne działania w celu popierania i ułatwiania ruchu osobowego i turystyki.

2. Umawiające się Strony dołożą starań dla usprawnienia i przyspieszenia, na zasadzie wzajemności, odpraw celnych i granicznych oraz dalszego rozwoju współpracy właściwych organów administracji.

3. Umawiające się Strony zamierzają, w zależności od nasilenia ruchu, rozbudować i zmodernizować istniejące oraz otwierać nowe potrzebne przejścia graniczne.

Artikel 20

(1) Die Angehörigen der deutschen Minderheit in der Republik Polen, das heißt Personen polnischer Staatsangehörigkeit, die deutscher Abstammung sind oder die sich zur deutschen Sprache, Kultur oder Tradition bekennen, sowie Personen deutscher Staatsangehörigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, die polnischer Abstammung sind oder die sich zur polnischen Sprache, Kultur oder Tradition bekennen, haben das Recht, einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen Mitgliedern ihrer Gruppe ihre ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität frei zum Ausdruck zu bringen, zu bewahren und weiterzuentwickeln, frei von jeglichen Versuchen, gegen ihren Willen assimiliert zu werden.

Artykuł 20

1. Członkowie mniejszości niemieckiej w Rzeczypospolitej Polskiej, to znaczy osoby posiadające polskie obywatelstwo, które są niemieckiego pochodzenia albo przyznają się do języka, kultury lub tradycji niemieckiej, a także osoby w Republice Federalnej Niemiec, posiadające niemieckie obywatelstwo, które są polskiego pochodzenia, albo przyznają się do języka, kultury lub tradycji polskiej, mają prawo, indywidualnie lub wespół z innymi członkami swej grupy, do swobodnego wyrażania, zachowania i rozwijania swej tożsamości etnicznej, kulturalnej, językowej i religijnej bez jakiejkolwiek próby asymilacji wbrew ich woli. Mają oni prawo do pełnego i skutecznego korzystania z praw człowieka i

Sie haben das Recht, ihre Menschenrechte und Grundfreiheiten ohne jegliche Diskriminierung und in voller Gleichheit vor dem Gesetz voll und wirksam auszuüben.

(2) Die Vertragsparteien verwirklichen die Rechte und Verpflichtungen des internationalen Standards für Minderheiten, insbesondere gemäß der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948, der Europäischen Konvention vom 4. November 1950 zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, des Internationalen Übereinkommens vom 7. März 1966 zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, des Internationalen Pakts vom 16. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte, der Schlußakte von Helsinki vom 1. August 1975, des Dokuments des Kopenhagener Treffens über die menschliche Dimension der KSZE vom 29. Juni 1990 sowie der Charta von Paris für ein neues Europa vom 21. November 1990.

(3) Die Vertragsparteien erklären, daß die in Absatz 1 genannten Personen insbesondere das Recht haben, einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen Mitgliedern ihrer Gruppe

- sich privat und in der Öffentlichkeit ihrer Muttersprache frei zu bedienen, in ihr Informationen zu verbreiten und auszutauschen und dazu Zugang zu haben,
- ihre eigenen Bildungs-, Kultur- und Religionseinrichtungen, -organisationen oder -vereinigungen zu gründen und zu unterhalten, die um freiwillige Beiträge finanzieller oder anderer Art sowie öffentliche Unterstützung im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften ersuchen können und gleichberechtigten Zugang zu den Medien ihrer Region haben,
- sich zu ihrer Religion zu bekennen und diese auszuüben, einschließlich des Erwerbs und Besitzes sowie der Verwendung religiösen Materials, und den Religionsunterricht in ihrer Muttersprache abzuhalten,
- untereinander ungehinderte Kontakte innerhalb des Landes sowie Kontakte über Grenzen hinweg mit Bürgern anderer Staaten herzustellen und zu pflegen, mit denen sie eine gemeinsame ethnische oder nationale Herkunft, ein gemeinsames kulturelles Erbe oder religiöses Bekenntnis teilen,
- ihre Vor- und Familiennamen in der Form der Muttersprache zu führen,
- Organisationen oder Vereinigungen in ihrem Land einzurichten und zu unterhalten und in internationalen nichtstaatlichen Organisationen mitzuarbeiten,
- sich wie jedermann wirksamer Rechtsmittel zur Verwirklichung ihrer Rechte im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften zu bedienen.

(4) Die Vertragsparteien bekräftigen, daß die Zugehörigkeit zu den in Absatz 1 genannten Gruppen Angelegenheit der persönlichen Entscheidung eines Menschen ist, die für ihn keinen Nachteil mit sich bringen darf.

Artikel 21

(1) Die Vertragsparteien werden die ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität der in Artikel 20 Absatz 1 genannten Gruppen auf ihrem Hoheitsgebiet schützen und Bedingungen für die Förderung dieser Identität schaffen. Sie erkennen die besondere Bedeutung einer verstärkten konstruktiven Zusammenarbeit in diesem Bereich an. Diese soll das friedliche Zusammenleben und die gute Nachbarschaft des deutschen und des polnischen Volkes verstärken und zur Verständigung und Versöhnung zwischen ihnen beitragen.

(2) Die Vertragsparteien werden insbesondere

- im Rahmen der geltenden Gesetze einander Förderungsmaßnahmen zugunsten der Angehörigen der in Artikel 20 Absatz 1 genannten Gruppen oder ihrer Organisationen ermöglichen und erleichtern,
- sich bemühen, den Angehörigen der in Artikel 20 Absatz 1 genannten Gruppen, ungeachtet der Notwendigkeit, die offi-

podstawowych wolności bez jakiejkolwiek dyskryminacji i w warunkach pełnej równości wobec prawa.

2. Umawiające się Strony realizuja prawa i obowiązki zgodnie ze standardami międzynarodowymi dotyczącymi mniejszości, w szczególności zgodnie z Powszechną deklaracją praw człowieka Narodów Zjednoczonych z 10 grudnia 1948 roku, Europejską konwencją o ochronie praw człowieka i podstawowych wolności z 4 listopada 1950 roku, Konwencją o zwalczaniu wszelkich form dyskryminacji rasowej z 7 marca 1966 roku, Międzynarodowym paktem praw obywatelskich i politycznych z 16 grudnia 1966 roku, Aktem końcowym KBWE z 1 sierpnia 1975 roku, Dokumentem kopenhaskiego spotkania w sprawie ludzkiego wymiaru KBWE z 29 czerwca 1990 roku, jak również Paryską kartą dla nowej Europy z 21 listopada 1990 roku.

3. Umawiające się Strony oświadczaja, że osoby wymienione w ustępie 1 mają w szczególności prawo, indywidualnie lub wespół z innymi członkami swej grupy, do:

- swobodnego posługiwania się językiem ojczystym w życiu prywatnym i publicznie, dostępu do informacji w tym języku, jej rozpowszechniania i wymiany,
- zakładania i utrzymywania własnych instytucji, organizacji lub stowarzyszeń oświatowych, kulturalnych i religijnych, które mogą się ubiegać o dobrowolne wkłady finansowe i inne, jak również o pomoc publiczną, zgodnie z prawem krajowym, oraz które posiadają równoprawny dostęp do środków przekazu swojego regionu,
- wyznawania i praktykowania swej religii, w tym nabywania, posiadania i wykorzystywania materiałów religijnych oraz prowadzenia oświatowej działalności religijnej w języku ojczystym,
- ustanawiania i utrzymywania niezakłóconych kontaktów między sobą w obrębie swego kraju, jak również kontaktów poprzez granice z obywatelami innych państw, z którymi łączą ich wspólne pochodzenie etniczne lub narodowe, dziedzictwo kulturalne lub przekonania religijne,
- używania swych imion i nazwisk w brzmieniu języka ojczystego,
- zakładania i utrzymywania organizacji lub stowarzyszeń w obrębie swojego kraju oraz uczestniczenia w międzynarodowych organizacjach pozarządowych,
- korzystania na równi z innymi ze skutecznych środków prawnych dla urzeczywistniania swoich praw, zgodnie z prawem krajowym.

4. Umawiające się Strony potwierdzają, że przynależność do grup wymienionych w ustępie 1 jest sprawą indywidualnego wyboru osoby, i że nie mogą z niego wynikać żadne niekorzystne następstwa.

Artykuł 21

1. Umawiające się Strony będą na swych terytoriach chronily tożsamość etniczną, kulturalną, językową i religijną grup wymienionych w artykule 20 ustęp 1, oraz tworzyły warunki do wspierania tej tożsamości. Doceniają szczególne znaczenie wzmożonej konstruktywnej współpracy w tej dziedzinie. Współpraca ta powinna umacniać pokojowe współżycie i dobre sąsiedztwo Narodów niemieckiego i polskiego oraz przyczyniać się do porozumienia i pojednania między nimi.

2. Umawiające się Strony będą w szczególności:

- w ramach obowiązujicych ustaw wzajemnie umożliwiać i ułatwiać podejmowanie działań na rzecz wspierania członków grup wymienionych w artykule 20 ustep 1 lub ich organizacji,
- mimo konieczności uczenia się oficjalnego języka odnośnego państwa, dążyć zgodnie z właściwymi przepisami prawa krajo-

zielle Sprache des betreffenden Staates zu erlernen, in Einklang mit den anwendbaren nationalen Rechtsvorschriften entsprechende Möglichkeiten für den Unterricht ihrer Muttersprache oder in ihrer Muttersprache in öffentlichen Bildungseinrichtungen sowie, wo immer dies möglich und notwendig ist, für deren Gebrauch bei Behörden zu gewährleisten,

- im Zusammenhang mit dem Unterricht von Geschichte und Kultur in Bildungseinrichtungen die Geschichte und Kultur der in Artikel 20 Absatz 1 genannten Gruppen berücksichtigen,
- das Recht der Angehörigen der in Artikel 20 Absatz 1 genannten Gruppen achten, wirksam an öffentlichen Angelegenheiten teilzunehmen, einschließlich der Mitwirkung in Angelegenheiten betreffend den Schutz und die Förderung ihrer Identität,
- diesbezüglich die notwendigen Maßnahmen ergreifen, und zwar nach entsprechenden Konsultationen im Einklang mit den Entscheidungsverfahren des jeweiligen Staates, wobei diese Konsultationen Kontakte mit Organisationen oder Vereinigungen der in Artikel 20 Absatz 1 genannten Gruppen einschließen.

(3) Die Vertragsparteien werden im Hinblick auf die in diesem Artikel und in den Artikeln 20 und 22 angesprochenen Fragen die Bestimmungen von Artikel 3 anwenden.

wego do zapewnienia członkom grup wymienionych w artykule 20 ustęp 1 odpowiednich możliwości nauczania ich języka ojczystego lub w ich języku ojczystym, w publicznych placówkach oświatowych, jak również tam, gdzie to jest możliwe i konieczne, posługiwania się nim wobec władz publicznych,

- uwzględniać historię i kulturę grup wymienionych w artykule 20 ustęp 1 w związku z nauczaniem historii i kultury w placówkach oświatowych,
- szanować prawo członków grup wymienionych w artykule 20 ustęp 1 do skutecznego uczestnictwa w sprawach publicznych, łącznie z udziałem w sprawach dotyczących ochrony i wspierania ich tożsamości,
- podejmować niezbędne środki w tym celu po należytej konsultacji, zgodnie z procedurą podejmowania decyzji w danym panstwie, łącznie z kontaktami z organizacjami lub stowarzyszeniami grup wymienionych w artykule 20 ustęp 1.

3. Umawiające się Strony będą stosować postanowienia artykułu 3 w odniesieniu do spraw określonych w niniejszym artykule oraz w artykułach 20 i 22.

Artikel 22

(1) Keine der Verpflichtungen aus den Artikeln 20 und 21 darf so ausgelegt werden, daß sie das Recht begründet, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, die in Widerspruch zu den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen, anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen oder den Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki einschließlich des Prinzips der territorialen Integrität der Staaten steht.

(2) Jeder Angehörige der in Artikel 20 Absatz 1 genannten Gruppen in der Republik Polen beziehungsweise in der Bundesrepublik Deutschland ist nach Maßgabe vorstehender Bestimmungen gehalten, sich wie jeder Staatsbürger loyal gegenüber dem jeweiligen Staat zu verhalten, indem er sich nach den Verpflichtungen richtet, die sich auf Grund der Gesetze dieses Staates ergeben.

Artykuł 22

1. Żadnego z zobowiązań wynikajacych z artykułów 20 i 21 nie można interpretować jako pociągającego za sobą prawo do angażowania się w jakąkolwiek działalność lub prowadzenia jakichkolwiek działań wbrew celom i zasadom Karty Narodów Zjednoczonych, innym zobowiązaniom wynikającym z prawa międzynarodowego lub wbrew postanowieniom Aktu końcowego KBWE, łącznie z zasadą integralności terytorialnej państw.

2. Każda osoba należąca w Rzeczypospolitej Polskiej względnie w Republice Federalnej Niemiec do grup wymienonych w artykule 20 ustęp 1 jest odpowiednio do powyższych postanowień zobowiązana, jak każdy obywatel, lojalnie postępować wobec odnośnego Panstwa, kierując się obowiązkami wynikającymi z ustawodawstwa tego Państwa.

Artikel 23

(1) Die Vertragsparteien werden auf der Grundlage der zwischen ihnen bestehenden Abkommen und Programme den Kulturaustausch in allen Bereichen und auf allen Ebenen intensivieren und ausbauen und damit zur europäischen kulturellen Identität beitragen. Sie werden insbesondere die Zusammenarbeit zwischen Vereinigungen von Künstlern, kulturellen Institutionen und Organisationen unterstützen sowie die direkten Kontakte zwischen deutschen und polnischen Künstlern fördern.

(2) Die bestehende Gemischte Kommission wird mindestens einmal jährlich zusammentreten, um den Stand des Kulturaustauschs in allen Bereichen zu prüfen und Vereinbarungen über die nächsten Vorhaben zu treffen.

Artykuł 23

1. Umawiające się Strony będą, na podstawie istniejących między nimi umów i programów, intensyfikować i rozbudowywać wymianę kulturalną we wszystkich dziedzinach i na wszystkich szczeblach, wnosząc tym samym wkład do europejskiej tożsamości kulturowej. Będą w szczególności popierać współpracę między stowarzyszeniami twórców i artystów oraz instytucjami i organizacjami kulturalnymi, jak również bezpośrednie kontakty między niemieckimi i polskimi twórcami i artystami.

2. Istniejąca Komisja mieszana będzie spotykać się co najmniej raz w roku, w celu zbadania stanu wymiany kulturalnej we wszystkich dziedzinach oraz dokonania uzgodnień co do dalszych przedsięwzięć.

Artikel 24

Die Vertragsparteien werden das Abkommen über die Errichtung und die Tätigkeit von Kulturinstituten mit Leben erfüllen und voll ausschöpfen.

Artykuł 24

Umawiające się Strony będą urzeczywistniać i w pełni wykorzystywać umowę o utworzeniu i działalności instytutów kultury.

Artikel 25

(1) Die Vertragsparteien bekräftigen ihre Bereitschaft, allen interessierten Personen umfassenden Zugang zur Sprache und Kultur des anderen Landes zu ermöglichen, und sie unterstützen entsprechende staatliche und private Initiativen und Institutionen.

(2) Die Vertragsparteien werden die Verbreitung von klassischer und zeitgenössischer Literatur des anderen Landes in Originalsprache und Übersetzung verstärkt fördern.

Artykuł 25

1. Umawiające się Strony potwierdzają swą gotowość do umożliwienia wszystkim zainteresowanym osobom pełnego dostępu do języka i kultury drugiego kraju i będą popierać odpowiednie państwowe oraz prywatne inicjatywy i instytucje.

2. Umawiające się Strony będą w większej mierze popierać upowszechnianie literatury klasycznej i współczesnej drugiego kraju zarówno w języku oryginału jak i w przekładzie.

(3) Die Vertragsparteien setzen sich nachdrücklich dafür ein, die Möglichkeiten auszubauen, in Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen die Sprache des anderen Landes zu erlernen. Dabei wird auch die Gründung von Schulen angestrebt, in denen in beiden Sprachen unterrichtet wird. Weiterhin werden sie sich bemühen, die Möglichkeiten des Studiums der Germanistik und Polonistik an den Hochschulen des anderen Landes auszuweiten.

(4) Die Vertragsparteien werden bei der Entsendung von Lehrern, der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften sowie der Entwicklung und Bereitstellung von Lehrmaterial, einschließlich des Einsatzes von Fernsehen, Hörfunk, Audio-, Video- und Computertechnik zusammenarbeiten.

(5) Die Arbeit der unabhängigen deutsch-polnischen Schulbuchkommission wird weiterhin gefördert.

Artikel 26

(1) Die Vertragsparteien unterstreichen die Notwendigkeit einer erheblichen Erweiterung der wissenschaftlichen und schulischen Zusammenarbeit. Sie werden insbesondere die direkte Zusammenarbeit und den Austausch zwischen Schulen, Hochschulen und wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen fördern und weiter ausbauen, und zwar sowohl durch den Austausch von Schülern, Studenten, Lehrern und wissenschaftlichen Lehrkräften als auch durch gemeinsame Vorhaben.

(2) Die Vertragsparteien bekräftigen ihre Absicht, die Möglichkeiten gegenseitiger Anerkennung von Studienzeiten und Hochschulabschlüssen zu prüfen.

Artikel 27

Die Vertragsparteien messen der Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung große Bedeutung bei und werden sie durch entsprechende Vereinbarungen wesentlich ausbauen und vertiefen.

Artikel 28

(1) Die Vertragsparteien werden bei der Erhaltung und Pflege des europäischen kulturellen Erbes zusammenarbeiten. Sie werden sich für die Denkmalpflege einsetzen.

(2) Die Vertragsparteien werden sich der auf ihrem Gebiet befindlichen Orte und Kulturgüter, die von geschichtlichen Ereignissen sowie kulturellen und wissenschaftlichen Leistungen und Traditionen der anderen Seite zeugen, besonders annehmen und zu ihnen freien und ungehinderten Zugang gewährleisten beziehungsweise sich für einen solchen Zugang einsetzen, soweit dieser nicht in staatlicher Zuständigkeit geregelt werden kann. Die genannten Orte und Kulturgüter stehen unter dem Schutz der Gesetze der jeweiligen Vertragspartei. Die Vertragsparteien werden gemeinsame Initiativen in diesem Bereich im Geiste der Verständigung und der Versöhnung verwirklichen.

(3) Im gleichen Geiste sind die Vertragsparteien bestrebt, die Probleme im Zusammenhang mit Kulturgütern und Archivalien, beginnend mit Einzelfällen, zu lösen.

Artikel 29

(1) Die Vertragsparteien werden in der Überzeugung, daß die Entwicklung zwischenmenschlicher Kontakte eine unerläßliche Voraussetzung für die Verständigung und Versöhnung beider Völker ist, umfassende persönliche Begegnungen zwischen ihren Bürgern fördern.

(2) Die Vertragsparteien unterstützen eine engere Zusammenarbeit zwischen den Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Glaubensgemeinschaften, Sportorganisationen, Stiftungen sowie anderen gesellschaftlichen Organisationen und Verbänden.

(3) Die Vertragsparteien unterstützen die Tätigkeit des Deutsch-Polnischen Forums. Sie begrüßen seine Bemühungen, unter Einbeziehung aller repräsentativen politischen und gesellschaftlichen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland und der

3. Umawiające się Strony opowiadają się zdecydowanie za rozszerzeniem możliwości nauki języka drugiego kraju w szkołach, uczelniach i innych placówkach oświatowych. Będzie się przy tym również dążyć do zakładania szkół, w których nauczanie będzie się odbywać w obu językach. Dołożą one ponadto starań na rzecz rozszerzenia możliwości studiów germanistycznych i polonistycznych w uczelniach drugiego kraju.

4. Umawiające się Strony będą współpracować w delegowaniu nauczycieli, w kształceniu i doskonaleniu zawodowym pracowników dydaktycznych oraz w rozwijaniu i udostępnianiu pomocy naukowych, łącznie z wykorzystaniem telewizji, radia, techniki audiowizualnej i komputerowej.

5. Prace niezależnej niemiecko-polskiej Komisji do spraw podręczników szkolnych będą nadal popierane.

Artykuł 26

1. Umawiające się Strony podkreślają konieczność znacznego rozszerzenia współpracy w dziedzinie nauki i szkolnictwa. Będą w szczególności wspierać i nadal rozszerzać bezpośrednią współpracę i wymianę między szkołami, uczelniami oraz naukowymi instytucjami badawczymi, zarówno poprzez wymianę uczniów, studentów, nauczycieli, pracowników naukowych jak i wspólne przedsięwzięcia.

2. Umawiające się Strony potwierdzają zamiar zbadania możliwości wzajemnego uznawania okresów studiów i dyplomów uczelni.

Artykuł 27

Umawiające się Strony przywiązują dużą wagę do współpracy w zakresie kształcenia zawodowego; będą ją znacznie rozszerzać i pogłębiać, zawierając odpowiednie porozumienia.

Artykuł 28

1. Umawiające się Strony będą współpracować w zakresie zachowania i opieki nad europejskim dziedzictwem kulturowym. Będą dbać o ochronę zabytków.

2. Umawiające się Strony otoczą szczególną opieką znajdujące się na ich terytoriach miejsca i dobra kultury, świadczące o wydarzeniach historycznych oraz osiągnięciach i tradycjach kulturalnych i naukowych drugiej Strony oraz zapewnią do nich swobodny i nieskrępowany dostep, względnie zadbają o taki dostęp w przypadkach, gdy jego zapewnienie nie należy do kompetencji państwa. Wspomniane miejsca i dobra kultury znajdują się pod ochroną prawa każdej ze Stron. Umawiające się Strony będą realizować w tym zakresie wspólne inicjatywy w duchu porozumienia i pojednania.

3. Umawiające się Strony będą dążyć w takim samym duchu do rozwiązywania problemów związanych z dobrami kultury i archiwaliami, poczynając od pojedynczych przypadków.

Artykuł 29

1. Umawiające się Strony będą popierać wszechstronne kontakty osobiste między ich obywatelami, żywiąc przekonanie, że rozwój kontaktów międzyludzkich jest niezbędną przesłanką porozumienia i pojednania obu Narodów.

2. Umawiające się Strony będą popierać ściślejszą współpracę między partiami, związkami zawodowymi, kościołami i związkami wyznaniowymi, organizacjami sportowymi, fundacjami oraz innymi organizacjami i zrzeszeniami społecznymi.

3. Umawiające się Strony popierają działalność Forum niemiecko-polskiego. Witają z zadowoleniem jego starania, aby przy udziale wszystkich reprezentatywnych sił politycznych i społecznych w Republice Federalnej Niemiec i w Rzeczypospolitej Pols-

Republik Polen, Konzeptionen für die Weiterentwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen zu entwerfen und entsprechende Initiativen zu ergreifen.

kiej opracowywać koncepcje dalszego rozwoju stosunków niemiecko-polskich i podejmować odpowiednie inicjatywy.

Artikel 30

(1) Die Vertragsparteien sind davon überzeugt, daß das gegenseitige Kennenlernen und das gegenseitige Verstehen der jungen Generation von grundlegender Bedeutung ist, um der Verständigung und der Versöhnung zwischen dem deutschen und polnischen Volk einen dauerhaften Charakter zu verleihen. Sie legen deshalb besonders großes Gewicht auf möglichst umfassende Kontakte und ein enges Zusammenwirken der deutschen und der polnischen Jugend. Die Vertragsparteien werden deshalb im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten die Begegnung und den Austausch von Jugendlichen in jeder Weise fördern. Allen Jugendlichen und Jugendorganisationen in beiden Ländern steht die Teilnahme an Begegnungen und gemeinsamen Vorhaben offen.

(2) Die Vertragsparteien errichten ein Deutsch-Polnisches Jugendwerk. Über seine Rechtsform, Aufgaben und Finanzierung schließen sie ein gesondertes Abkommen.

Artykuł 30

1. Umawiające się Strony są przekonane, że wzajemne poznanie i zrozumienie młodych pokoleń ma podstawowe znaczenie dla nadania trwałego charakteru porozumieniu i pojednaniu Narodów niemieckiego i polskiego. Przywiązują dlatego szczególnie dużą wagę do możliwie szerokich kontaktów i ścisłego współdziałania młodzieży niemieckiej i polskiej. W tym celu, Umawiające się Strony będą, w granicach możliwości finansowych, wszelkimi sposobami wspierać kontakty i wymianę młodzieżową. Cała młodzież i jej organizacje w obu Państwach mają możliwość udziału w spotkaniach i wspólnych przedsięwzięciach.

2. Umawiające się Strony tworzą niemiecko-polską instytucję młodzieżową. Jej forma prawna, zadania i finansowanie zostaną ustalone w odrębnej umowie.

Artikel 31

(1) Die Vertragsparteien setzen sich für die Zusammenarbeit der Medien, insbesondere von Fernsehen, Hörfunk und gedruckten Medien, ein. Diese Zusammenarbeit soll vor allem der Verständigung und der Versöhnung zwischen Deutschen und Polen dienen.

(2) Die Vertragsparteien kommen überein, daß Publikationen sowie Beilagen zu Tages- und Wochenzeitungen in der Sprache des anderen Landes frei hergestellt, vertrieben und gelesen werden können. Publikationen des anderen Landes können in Übereinstimmung mit den Artikeln 19 und 20 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte ungehindert eingeführt und vertrieben werden. Dies gilt auch für Geschenkabonnements und für Veröffentlichungen, die über ihre Auslandsvertretungen verteilt werden.

Artykuł 31

1. Umawiające się Strony będą działać na rzecz współpracy środków przekazu, w szczególności telewizji, radia oraz prasy i wydawnictw. Współpraca ta powinna przede wszystkim służyć porozumieniu i pojednaniu między Niemcami i Polakami.

2. Umawiające się Strony są zgodne co do tego, że publikacje, a także dodatki do dzienników i tygodników redagowane w języku drugiego kraju mogą być swobodnie wydawane, rozpowszechniane i czytane. Publikacje z drugiego Państwa mogą być bez przeszkód wwożone i rozpowszechniane zgodnie z artykułami 19 i 20 Międzynarodowego paktu praw obywatelskich i politycznych. Dotyczy to również bezpłatnej prenumeraty oraz publikacji rozprowadzanych przez ich przedstawicielstwa zagraniczne.

Artikel 32

(1) Die Bundesrepublik Deutschland erklärt, daß polnische Gräber in der Bundesrepublik Deutschland geachtet werden und ihre Pflege ermöglicht wird. Die Gräber polnischer Opfer der Kriege und der Gewaltherrschaft, die sich in der Bundesrepublik Deutschland befinden, stehen unter dem Schutz der deutschen Gesetze und werden erhalten und gepflegt.

(2) Die Republik Polen erklärt, daß deutsche Gräber in der Republik Polen geachtet werden und ihre Pflege ermöglicht wird. Die Gräber deutscher Opfer der Kriege und der Gewaltherrschaft, die sich in der Republik Polen befinden, stehen unter dem Schutz der polnischen Gesetze und werden erhalten und gepflegt.

(3) Die Vertragsparteien unterstützen die Zusammenarbeit der Organisationen und Institutionen, die auf beiden Seiten für die Gräber von Opfern der Kriege und der Gewaltherrschaft zuständig sind. Sie ermöglichen insbesondere diesen Organisationen und Institutionen die Erfassung, Instandsetzung und Pflege solcher Gräber.

Artykuł 32

1. Republika Federalna Niemiec oświadcza, że polskie groby znajdujące się w Republice Federalnej Niemiec są otoczone szacunkiem oraz umożliwiona jest opieka nad nimi. Groby polskich ofiar wojen i tyranii, znajdujące się w Republice Federalnej Niemiec, podlegają ochronie prawa niemieckiego oraz będą zachowane i pielęgnowane.

2. Rzeczpospolita Polska oświadcza, że niemieckie groby znajdujące się w Rzeczypospolitej Polskiej są otoczone szacunkiem oraz umożliwiona jest opieka nad nimi. Groby niemieckich ofiar wojen i tyranii, znajdujące się w Rzeczypospolitej Polskiej, podlegają ochronie prawa polskiego oraz będą zachowane i pielęgnowane.

3. Umawiające się Strony popierają współpracę organizacji i instytucji odpowiedzialnych w obu Państwach za groby ofiar wojen i tyranii. Umożliwiają w szczególności tym organizacjom i instytucjom rejestrację, uporządkowanie oraz opiekę nad takimi grobami.

Artikel 33

(1) Die Vertragsparteien werden die konsularischen und Rechtsbeziehungen, darunter den Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen, Strafsachen sowie in Sozial- und Verwaltungsangelegenheiten unter Berücksichtigung ihrer Rechtsordnungen sowie bestehender multilateraler und bilateraler Übereinkünfte, insbesondere der Konventionen des Europarats, weiterentwickeln, intensivieren und zum Nutzen ihrer Bürger vereinfachen.

(2) Die Vertragsparteien werden zusammenwirken bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens, des Terrorismus,

Artykuł 33

1. Umawiające się Strony będą rozwijać, intensyfikować i upraszczać z korzyścią dla ich obywateli stosunki prawne i konsularne, w tym obrót prawny w sprawach cywilnych i karnych, oraz socjalnych i administracyjnych, z uwzględnieniem ich systemów prawnych oraz istniejących umów wielostronnych i dwustronnych, w szczególności konwencji Rady Europy.

2. Umawiające się Strony będą współdziałać w zwalczaniu zorganizowanej przestępczości, terroryzmu, przestępczości

der Wirtschaftskriminalität, der Rauschgiftkriminalität, des strafbaren Handels mit Kunstwerken, der rechtswidrigen Eingriffe in die Zivilluftfahrt und in die Seeschiffahrt sowie der Herstellung und Verbreitung von Falschgeld. Verfahren und Bedingungen für diese Zusammenarbeit werden gesondert vereinbart.

Artikel 34

(1) Die Vertragsparteien fördern eine umfassende Zusammenarbeit auf bestimmten Gebieten der Gesundheitsvorsorge und bei der gemeinsamen Bekämpfung von Seuchen sowie Krankheiten, wie zum Beispiel Herz-, Kreislauf- und Krebserkrankungen und Aids.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland wird der Republik Polen Hilfestellung bei der Umstellung des staatlichen Gesundheitssystems auf ein Krankenversicherungssystem leisten.

Artikel 35

Die Vertragsparteien stiften einen gemeinsamen Preis für besondere Verdienste um die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen. Der Preis wird alljährlich von einem Komitee verliehen, über dessen Statut eine gesonderte Vereinbarung geschlossen wird.

Artikel 36

Die Vertragsparteien werden ihre Zusammenarbeit im Rahmen internationaler Organisationen, insbesondere europäischer Organisationen, verstärken. Sie werden einander behilflich sein, die Zusammenarbeit mit internationalen, insbesondere europäischen Organisationen und Institutionen, denen eine Vertragspartei als Mitglied angehört, zu entwickeln, falls die andere Vertragspartei ein entsprechendes Interesse bekundet.

Artikel 37

Dieser Vertrag richtet sich gegen niemanden. Er berührt nicht die Rechte und Verpflichtungen aus geltenden zweiseitigen und mehrseitigen Übereinkünften, die von den Vertragsparteien mit anderen Staaten geschlossen wurden.

Artikel 38

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Warschau ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am Tage des Austauschs der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Dieser Vertrag gilt für die Dauer von zehn Jahren. Danach verlängert er sich stillschweigend um jeweils weitere fünf Jahre, sofern nicht eine der Vertragsparteien den Vertrag unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer schriftlich kündigt.

Zu Urkund dessen haben die Vertreter der Vertragsparteien diesen Vertrag unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

Geschehen zu Bonn am 17. Juni 1991 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

gospodarczej, przestępczości związanej z narkotykami, karalnego handlu dziełami sztuki, bezprawnych naruszeń bezpieczeństwa cywilnej żeglugi powietrznej i morskiej oraz wytwarzania i wprowadzania do obiegu fałszywych środków płatniczych. Procedura i warunki tej współpracy zostaną uzgodnione odrębnie.

Artykuł 34

1. Umawiające się Strony będą popierać wszechstronną współpracę w określonych dziedzinach profilaktyki zdrowotnej oraz we wspólnym zwalczaniu chorób zakaźnych i innych chorób, jak na przykład schorzenia serca i układu krążenia, nowotwory i AIDS.

2. Republika Federalna Niemiec będzie udzielać Rzeczypospolitej Polskiej pomocy w przejściu od państwowego systemu ochrony zdrowia do systemu powszechnego ubezpieczenia zdrowotnego.

Artykuł 35

Umawiające się Strony ustanawiają wspólną nagrodę za szczególne zasługi dla rozwoju stosunków niemiecko-polskich. Nagrodę tę będzie przyznawać corocznie komitet, którego statut zostanie ustalony w odębnym porozumieniu.

Artykuł 36

Umawiające się Strony będą umacniać współpracę w ramach organizacji międzynarodowych, ze szczególnym uwzględnieniem organizacji europejskich. Będą wzajemnie udzielać sobie pomocy w rozwijaniu współpracy z międzynarodowymi, zwłaszcza europejskimi organizacjami i instytucjami, których członkiem jest jedna ze Stron, w przypadku gdy druga Strona wyrazi odpowiednie zainteresowanie.

Artykuł 37

Niniejszy Traktat nie jest wymierzony przeciw komukolwiek. Nie narusza on praw i zobowiązań, które wynikają z obowiązujących umów dwustronnych i wielostronnych, zawartych przez każdą z Umawiających się Stron z innymi panstwami.

Artykuł 38

1. Traktat niniejszy podlega ratyfikacji. Wymiana dokumentów ratyfikacyjnych nastąpi w Warszawie, w możliwie bliskim terminie.

2. Traktat niniejszy wchodzi w życie w dniu wymiany dokumentów ratyfikacyjnych.

3. Traktat niniejszy obowiązuje przez dziesięć lat. Ulega on następnie automatycznemu przedłużaniu na okresy pięcioletnie, jeżeli żadna z Umawiających się Stron nie wypowie go w drodze notyfikacji na rok przed upływem danego okresu obowiązywania.

Na dowód czego Przedstawiciele Umawiających się Stron podpisali niniejszy Traktat i opatrzyli go pieczęciami.

Sporządzono w Bonn, dnia 17. czerwca 1991 roku, w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim przy czym obydwa teksty mają jednakową moc.

Für die Bundesrepublik Deutschland

Za Republikę Federalną Niemiec

Dr. Helmut Kohl

Hans-Dietrich Genscher

Für die Republik Polen

Za Rzeczpospolitą Polską

Jan Krzysztof Bielecki

Krzysztof Skubiszewski

Der Bundesminister
des Auswärtigen

Bonn, den 17. Juni 1991

Sehr geehrter Herr Minister,

im Zusammenhang mit der heutigen Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit möchte ich in Erinnerung rufen, daß während der Verhandlungen nachfolgende Erklärungen abgegeben wurden:

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt, daß sie sich bemüht, die Möglichkeit zu schaffen, damit auch die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Personen, die polnischer Abstammung sind oder die sich zur polnischen Sprache, Kultur oder Tradition bekennen und die durch die Bestimmungen des Artikels 20 Absatz 1 nicht erfaßt werden, weitgehend in den Genuß der in Artikel 20 genannten Rechte und der in Artikel 21 genannten Möglichkeiten kommen können.

2. Die Regierung der Republik Polen erklärt, daß die in Artikel 8 Absatz 3 erwähnte Perspektive eines Beitritts der Republik Polen zur Europäischen Gemeinschaft zunehmend Möglichkeiten schaffen wird, auch deutschen Bürgern eine Niederlassung in der Republik Polen zu erleichtern.

3. Der Leiter der polnischen Delegation erklärt:

   Der Ministerrat der Republik Polen hat im Hinblick auf die Verwirklichung der Rechte der polnischen Bürger, die Angehörige nationaler Minderheiten sind, darunter auch der deutschen Minderheit, durch Beschluß Nr. 142 vom 7. September 1990 eine Kommission für nationale Minderheiten eingesetzt. Die Kommission beruft einen aus Vertretern der nationalen Minderheiten bestehenden Beirat.

   Zu den Hauptaufgaben der Kommission gehören

   - die Erarbeitung von Stellungnahmen und Vorschlägen zur Verwirklichung der Rechte und zur Befriedigung der Bedürfnisse der Angehörigen der Minderheiten,
   - Maßnahmen zum Schutz vor Verletzungen dieser Rechte,
   - Unterrichtung der polnischen Öffentlichkeit über die Probleme der nationalen Minderheiten,
   - Erarbeitung eines Regierungsprogramms für Maßnahmen in diesem Bereich.

   In den Woiwodschaften mit nationalen Minderheiten wurde die Stelle eines Minderheitenbeauftragten eingerichtet.

   Minderheitenfragen sind auch Gegenstand des ständigen Interesses der Sejm-Kommission für Fragen der nationalen und ethnischen Minderheiten.

4. Die Regierung der Republik Polen erklärt, daß sie derzeit keine Möglichkeit der Zulassung offizieller topographischer Bezeichnungen in traditionellen Siedlungsgebieten der deutschen Minderheit in der Republik Polen auch in deutscher Sprache sieht.

   Unter Berücksichtigung des Interesses der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an der Frage dieser topographischen Bezeichnungen ist die Regierung der Republik Polen bereit, diese Frage zu gegebener Zeit zu prüfen.

5. Beide Seiten erklären übereinstimmend:

   Dieser Vertrag befaßt sich nicht mit Fragen der Staatsangehörigkeit und nicht mit Vermögensfragen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Hans-Dietrich Genscher

Seiner Exzellenz dem Minister
für Auswärtige Angelegenheiten
der Republik Polen
Herrn Prof. Dr. Krzysztof Skubiszewski

(Tłumaczenie)

Der Bundesminister
des Auswärtigen

Bonn, dnia 17 czerwca 1991 roku

Wielce Szanowny Panie Ministrze,

w związku z podpisaniem w dniu dzisiejszym Traktatu między Rzecząpospolitą Polską a Republiką Federalną Niemiec o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy chciałbym przypomnieć, że podczas rokowań złożone zostały następujące oświadczenia:

1. Rząd Republiki Federalnej Niemiec oświadcza, iż podejmuje starania celem stworzenia możliwości, aby także żyjące w Republice Federalnej Niemiec osoby polskiego pochodzenia lub przyznające się do języka, kultury lub tradycji polskiej, nie objęte postanowieniami artykułu 20 ustęp 1, mogły korzystać w daleko idącym zakresie z praw wymienionych w artykule 20 i z możliwości wymienionych w artykule 21.

2. Rząd Rzeczypospolitej Polskiej oświadcza, że wymieniona w artykule 8 ustęp 3 perspektywa przystąpienia Rzeczypospolitej Polskiej do Wspólnoty Europejskiej stwarzać będzie rosnące możliwości, ułatwiające również obywatelom niemieckim osiedlanie się w Rzeczypospolitej Polskiej.

3. Przewodniczący delegacji polskiej oświadcza:

   Biorąc pod uwagę realizację praw obywateli polskich, którzy są członkami mniejszości narodowych, w tym także mniejszości niemieckiej, Rada Ministrów Rzeczypospolitej Polskiej powołała do życia, na mocy Uchwały nr 142 z dnia 7 września 1990 roku, Komisję do spraw mniejszości narodowych. Komisja ta powołuje Radę doradczą złożoną z przedstawicieli mniejszości narodowych.

   Do głównych zadań Komisji należy:

   - dokonywanie ocen i formułowanie propozycji związanych z realizacją praw i potrzeb członków mniejszości,
   - podejmowanie działań w celu ochrony przed naruszeniem tych praw,
   - popularyzacja w społeczeństwie polskim problematyki mniejszości narodowych,
   - opracowanie rządowego programu działań w tej dziedzinie.

   W województwach, w których istnieją mniejszości, utworzono stanowisko pełnomocnika do spraw mniejszości.

   Problematyka mniejszości jest także przedmiotem stałego zainteresowania Sejmowej Komisji do spraw mniejszości narodowych i etnicznych.

4. Rząd Rzeczypospolitej Polskiej oświadcza, że nie widzi obecnie żadnej możliwości dopuszczenia na tradycyjnych obszarach osiedlenia mniejszości niemieckiej w Rzeczypospolitej Polskiej oficjalnych nazw topograficznych także w języku niemieckim.

   Biorąc pod uwagę zainteresowanie Rządu Republiki Federalnej Niemiec sprawą tych nazw topograficznych, Rząd Rzeczypospolitej Polskiej gotów jest rozpatrzyć tę sprawę w stosownym czasie.

5. Obie Strony oświadczają zgodnie:

   niniejszy Traktat nie zajmuje się sprawą obywatelstwa i sprawami majątkowymi.

Proszę przyjąć, Panie Ministrze, wyrazy mego najwyższego szacunku

Hans-Dietrich Genscher

Jego Ekscelencja Minister
Spraw Zagranicznych
Rzeczypospolitej Polskiej
Pan prof. dr Krzysztof Skubiszewski

Rzeczpospolita Polska Warszawa, 17 czerwca 1991 roku
Minister Spraw Zagranicznych

Wielce Szanowny Panie Ministrze,

w związku z podpisaniem w dniu dzisiejszym Traktatu między Rzecząpospolitą Polską a Republiką Federalną Niemiec o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy chciałbym przypomnieć, że podczas rokowań złożone zostały następujące oświadczenia:

1. Rząd Republiki Federalnej Niemiec oświadcza, iż podejmuje starania celem stworzenia możliwości, aby także żyjące w Republice Federalnej Niemiec osoby polskiego pochodzenia lub przyznające się do języka, kultury lub tradycji polskiej, nie objęte postanowieniami artykułu 20 ustęp 1, mogły korzystać w daleko idącym zakresie z praw wymienionych w artykule 20 i z możliwości wymienionych w artykule 21.

2. Rząd Rzeczypospolitej Polskiej oświadcza, że wymieniona w artykule 8 ustęp 3 perspektywa przystąpienia Rzeczypospolitej Polskiej do Wspólnoty Europejskiej stwarzać będzie rosnące możliwości, ułatwiające również obywatelom niemieckim osiedlanie się w Rzeczypospolitej Polskiej.

3. Przewodniczący delegacji polskiej oświadcza:

   Biorąc pod uwagę realizację praw obywateli polskich, którzy są członkami mniejszości narodowych, w tym także mniejszości niemieckiej, Rada Ministrów Rzeczypospolitej Polskiej powołała do życia, na mocy Uchwały nr 142 z dnia 7 września 1990 roku, Komisję do spraw mniejszości narodowych. Komisja ta powołuje Radę doradczą złożoną z przedstawicieli mniejszości narodowych.

   Do głównych zadań Komisji należy:

   - dokonywanie ocen i formułowanie propozycji związanych z realizacją praw i potrzeb członków mniejszości,
   - podejmowanie działań w celu ochrony przed naruszeniem tych praw,
   - popularyzacja w społeczeństwie polskim problematyki mniejszości narodowych,
   - opracowanie rządowego programu działań w tej dziedzinie.

   W województwach, w których istnieją mniejszości, utworzono stanowisko pełnomocnika do spraw mniejszości.

   Problematyka mniejszości jest także przedmiotem stałego zainteresowania Sejmowej Komisji do spraw mniejszości narodowych i etnicznych.

4. Rząd Rzeczypospolitej Polskiej oświadcza, że nie widzi obecnie żadnej możliwości dopuszczenia na tradycyjnych obszarach osiedlenia mniejszości niemieckiej w Rzeczypospolitej Polskiej oficjalnych nazw topograficznych także w języku niemieckim.

   Biorąc pod uwagę zainteresowanie Rządu Republiki Federalnej Niemiec sprawą tego topograficznego nazewnictwa, Rząd Rzeczypospolitej Polskiej gotów jest rozpatrzyć tę sprawę w stosownym czasie.

5. Obie Strony oświadczają zgodnie:

   niniejszy Traktat nie zajmuje się sprawą obywatelstwa i sprawami majątkowymi.

Proszę przyjąć, Panie Ministrze, wyrazy mego najwyższego szacunku

Krzysztof Skubiszewski

Jego Ekscelencja
Pan Hans-Dietrich Genscher
Federalny Minister Spraw Zagranicznych
Republiki Federalnej Niemiec
Bonn

(Übersetzung)

Republik Polen Warszawa, den 17. Juni 1991
Minister für Auswärtige Angelegenheiten

Sehr geehrter Herr Minister,

im Zusammenhang mit der heutigen Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit möchte ich in Erinnerung rufen, daß während der Verhandlungen nachfolgende Erklärungen abgegeben wurden:

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt, daß sie sich bemüht, die Möglichkeit zu schaffen, damit auch die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Personen, die polnischer Abstammung sind oder die sich zur polnischen Sprache, Kultur oder Tradition bekennen und die durch die Bestimmungen des Artikels 20 Absatz 1 nicht erfaßt werden, weitgehend in den Genuß der in Artikel 20 genannten Rechte und der in Artikel 21 genannten Möglichkeiten kommen können.

2. Die Regierung der Republik Polen erklärt, daß die in Artikel 8 Absatz 3 erwähnte Perspektive eines Beitritts der Republik Polen zur Europäischen Gemeinschaft zunehmend Möglichkeiten schaffen wird, auch deutschen Bürgern eine Niederlassung in der Republik Polen zu erleichtern.

3. Der Leiter der polnischen Delegation erklärt:

   Der Ministerrat der Republik Polen hat im Hinblick auf die Verwirklichung der Rechte der polnischen Bürger, die Angehörige nationaler Minderheiten sind, darunter auch der deutschen Minderheit, durch Beschluß Nr. 142 vom 7. September 1990 eine Kommission für nationale Minderheiten eingesetzt. Die Kommission beruft einen aus Vertretern der nationalen Minderheiten bestehenden Beirat.

   Zu den Hauptaufgaben der Kommission gehören

   - die Erarbeitung von Stellungnahmen und Vorschlägen zur Verwirklichung der Rechte und zur Befriedigung der Bedürfnisse der Angehörigen der Minderheiten,
   - Maßnahmen zum Schutz vor Verletzungen dieser Rechte,
   - Unterrichtung der polnischen Öffentlichkeit über die Probleme der nationalen Minderheiten,
   - Erarbeitung eines Regierungsprogramms für Maßnahmen in diesem Bereich.

   In den Woiwodschaften mit nationalen Minderheiten wurde die Stelle eines Minderheitenbeauftragten eingerichtet.

   Minderheitenfragen sind auch Gegenstand des ständigen Interesses der Sejm-Kommission für Fragen der nationalen und ethnischen Minderheiten.

4. Die Regierung der Republik Polen erklärt, daß sie derzeit keine Möglichkeit der Zulassung offizieller topographischer Bezeichnungen in traditionellen Siedlungsgebieten der deutschen Minderheit in der Republik Polen auch in deutscher Sprache sieht.

   Unter Berücksichtigung des Interesses der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an der Frage dieser topographischen Bezeichnungen ist die Regierung der Republik Polen bereit, diese Frage zu gegebener Zeit zu prüfen.

5. Beide Staaten erklären übereinstimmend:

   Dieser Vertrag befaßt sich nicht mit Fragen der Staatsangehörigkeit und nicht mit Vermögensfragen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung.

Krzysztof Skubiszewski

Seiner Exzellenz
Herrn Hans-Dietrich Genscher
dem Bundesminister des Auswärtigen
der Bundesrepublik Deutschland
Bonn

Denkschrift zum Vertrag

Allgemeines

Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, der am 6. Juni 1991 in Warschau von den Verhandlungsführern paraphiert worden war, wurde am 17. Juni 1991 durch Bundeskanzler Kohl und den polnischen Ministerpräsidenten Bielecki sowie durch die beiden Außenminister in Bonn unterzeichnet. Zusammen mit dem Vertrag vom 14. November 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze und einem ergänzenden Briefwechsel der Außenminister bildet er ein Vertragswerk, dessen Ziel die zukunftsorientierte Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen und die Verständigung und Versöhnung der beiden Völker ist. Der Vertrag ist auf eine breite und intensive Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen in allen wesentlichen Bereichen angelegt. Damit wurde dem von Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Mazowiecki bei ihrem Treffen im November 1990 zum Ausdruck gebrachten gemeinsamen Wunsche entsprochen, eine Vorwärtsbewegung auf allen Gebieten – in der Politik einschließlich der Sicherheitspolitik insbesondere bei Abrüstung und Rüstungskontrolle, in Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie, im kulturellen Austausch sowie bei der Förderung der Begegnung zwischen den Menschen und insbesondere der jungen Generation – zu erreichen.

Es besteht Einvernehmen, daß der Vertrag den Rahmen für die weitere Gestaltung der Beziehungen bildet, die Umsetzung in einzelne Maßnahmen jedoch gesonderten Übereinkünften überlassen bleibt.

Das bilaterale Verhältnis wird fest mit den europäischen Strukturen verbunden. Die Abschnitte zu Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle sind geprägt von dem gemeinsamen Verständnis, daß der Aufbau kooperativer Strukturen der Sicherheit in Europa auf der Grundlage der Schlußakte von Helsinki, der Charta von Paris für ein neues Europa sowie der anderen KSZE-Dokumente notwendig ist. Beide Seiten waren sich einig, daß in einem solchen Europa kein Platz für jedwede Form von Aggression ist und daß der KSZE-Prozeß auch den Rahmen für weitere bilatrale Verträge beider Vertragspartner mit anderen europäischen Staaten bildet, so daß alle Verträge in einem harmonischen Verhältnis zueinander stehen und gegen niemanden gerichtet sind.

In Hinblick auf die Europäische Gemeinschaft ist der Vertrag auf die Perspektive eines Beitritts der Republik Polen zur Europäischen Gemeinschaft angelegt, dem eine Phase der Assoziierung vorausgehen muß.

Besonderes Augenmerk wurde dem Prozeß des Zusammenwachsens Europas und der Überwindung des Entwicklungsgefälles innerhalb Europas gewidmet. Diesem Ziel ist die Unterstützung des Umgestaltungsprozesses in Polen im Rahmen einer voll entwickelten sozialen Marktwirtschaft verpflichtet, die insbesondere in den Abschnitten zur wirtschaftlichen, finanziellen sowie regionalen und grenznahen Zusammenarbeit geregelt ist. Auch der Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie, im Umweltschutz und bei der Katastrophenhilfe, bei der Verbesserung von Verkehrs- und Kommunikationsverbindungen sowie bei der Erleichterung von Zoll- und Grenzabfertigung kommt in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung zu.

Angesichts der zentralen Bedeutung der Minderheitenfrage für die weitere Entwicklung der bilateralen und multilateralen Beziehungen enthält der Vertrag ausführliche Regelungen des Status der deutschen Minderheit in Polen. Sie beruhen auf dem gemeinsamen Verständnis, daß die deutsche Minderheit in Polen und deutsche Bürger und Bürgerinnen polnischer Abstammung in Deutschland als natürliche Brücken zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk zu betrachten sind. Die deutsche Minderheit in Polen wird in ihrer Existenz förmlich anerkannt und erhält eine rechtlich gesicherte Grundlage für ihre Entfaltung in der angestammten Heimat. Damit wurde den zentralen Anliegen der deutschen Minderheit Rechnung getragen.

Die Regelung der Minderheitenprobleme beruht auf einer europäischen Grundlage. Die wesentlichen Teile des europäischen Standards der Minderheitenrechte, wie er insbesondere im Dokument des Kopenhagener Treffens über die menschliche Dimension der KSZE sowie in den Empfehlungen des Europarats niedergelegt ist, sind in dem Vertrag völkerrechtlich verbindlich festgeschrieben. Perspektiven weiterer Verbesserungen ergeben sich sowohl aus dem ergänzenden Briefwechsel als auch aus der Verbindung des Status der deutschen Minderheit in Polen mit dem jeweiligen Fortschritt des internationalen Standards (Artikel 20 Abs. 2).

Entsprechend einem langjährigen Anliegen polnischer Regierunen werden deutschen Bürgern und Bürgerinnen polnischer Abstammung in Deutschland nach Maßgabe der Bestimmung in Artikel 20 Abs. 1 gleiche Rechte eingeräumt wie Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen.

Zahlreiche Artikel sind dem kulturellen Austausch und der Begegnung zwischen den Menschen gewidmet. Ausdrücklich wird auf die Einrichtung eines deutsch-polnischen Jugendwerks hingewiesen, wobei der entsprechende Vertrag ebenfalls bereits am 17. Juni 1991 unterzeichnet werden konnte.

Der Pflege des kulturellen Erbes der beiden Völker im jeweils anderen Land sowie dem Erhalt von Gräbern und Gedenkstätten der Opfer der Kriege und der Gewaltherrschaft wurden ebenfalls eigene Artikel gewidmet.

Mit einem gemeinsamen Preis sollen alljährlich Verdienste um die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen geehrt werden.

Besonderes

Präambel

Die Präambel bringt das beiderseitige Bestreben zum Ausdruck, die leidvollen Kapitel der Vergangenheit abzuschlie-

ßen und an die jahrhundertelangen guten Traditionen der Geschichte Deutschlands und Polens anzuknüpfen. Sie betont die Notwendigkeit einer gerechten und dauerhaften europäischen Friedensordnung und verweist auf die gemeinsame Verantwortung beim Aufbau eines neuen, durch Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vereinten und freien Europa.

In diesem Zusammenhang wird auch auf die Bedeutung des Abbaus des Entwicklungsgefälles und der politischen und wirtschaftlichen Heranführung der Republik Polen an die Europäische Gemeinschaft hingewiesen. Besonders gewürdigt werden die jahrhundertelange gegenseitige Bereicherung der Kulturen und die Rolle der jungen Generation bei der Vertrauensbildung und Aussöhnung zwischen beiden Völkern.

Artikel 1

Artikel 1 nennt die grundlegenden Vertragsziele. Sie umfassen sowohl den bilateralen Aspekt als auch die europäische Perspektive.

Artikel 2

Artikel 2 ist den Grundsätzen gewidmet, die die Gestaltung der Beziehungen bestimmen sollen. Im Anschluß an die Verurteilung von Totalitarismus sowie jeder Form von Rassenhaß und Haß zwischen Volksgruppen erfolgt ein besonderer Hinweis auf die Bedeutung von Minderheiten und gleichgestellen Gruppen als natürliche Brücken zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk. Auch Polen bekräftigt die für Deutschland bereits in Artikel 25 Grundgesetz niedergelegte unmittelbare Geltung der allgemeinen Regeln des Völkerrechts im innerstaatlichen Recht.

Artikel 3

In Artikel 3 wird ein regelmäßiger Konsultationsmechanismus zwischen den Regierungschefs sowie anderen Mitgliedern der Regierungen festgelegt und die Zusammenarbeit bestehender sowie noch zu gründender Kommissionen geregelt.

Artikel 4

Artikel 4 ist im besonderen der Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten gewidmet.

Artikel 5 bis 7

Die Artikel 5 bis 7 befassen sich mit Fragen der Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle. Übergeordnetes Ziel ist die Stärkung der Stabilität und der gemeinsame Aufbau kooperativer Strukturen der Sicherheit in Europa auf der Grundlage der Schlußakte von Helsinki, der Charta von Paris für ein neues Europa sowie der anderen KSZE-Dokumente. Die Formulierungen sind geprägt von der gemeinsamen Überzeugung, daß in einem solchen Europa kein Platz für jedwede Form von Aggression ist.

Artikel 8

In Artikel 8 erklärt die Bundesrepublik Deutschland ihre Bereitschaft, die Heranführung der Republik Polen an die Europäische Gemeinschaft im Rahmen ihrer Möglichkeiten nach Kräften zu fördern. Nach einer Phase der Assoziierung wird die Perspektive eines Beitritts der Republik Polen zur Europäischen Gemeinschaft eröffnet, sobald die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Ähnliche Formulierungen finden sich auch in Verträgen Polens mit anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft.

Artikel 9 und 10

Im Prozeß des Zusammenwachsens und der Überwindung des Entwicklungsgefälles kommt den Bestimmungen zur wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit hervorgehobene Bedeutung zu.

In Artikel 9 erklärt die deutsche Seite ihre Bereitschaft, den Umgestaltungsprozeß in Polen im Rahmen einer voll entwickelten sozialen Marktwirtschaft zu unterstützen. Mit diesem Ziel sollen Investitionen und Kapitalanlagen sowie industrielle Kooperation gefördert werden. In Artikel 10 wird die Bedeutung der Lösung des Problems der polnischen Verschuldung für den Erfolg des Reformprogramms hervorgehoben.

Artikel 11

Artikel 11 regelt die Zusammenarbeit im Bereich der Landwirtschaft.

Artikel 12

Dieser Artikel ist der Zusammenarbeit zwischen Regionen, Städten, Gemeinden und anderen Gebietskörpern, insbesondere im grenznahen Bereich, gewidmet. Er enthält einen besonderen Verweis auf die Tätigkeit der Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit, die sich im April 1991 konstituiert hat.

Artikel 13

Artikel 13 legt die Grundlage für eine enge Abstimmung der nationalen Raumordnungspolitiken zwischen den Nachbarstaaten.

Artikel 14

In Artikel 14 wird die Zusammenarbeit insbesondere im Bereich der sozialen Sicherung geregelt.

Artikel 15

Artikel 15 ist der Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie gewidmet. Initiativen von Wissenschaftlern und Forschungseinrichtungen sollen unterstützt, der Zugang zu Forschungsinstituten, Archiven und Bibliotheken erleichtert werden.

Artikel 16 und 17

Artikel 16 befaßt sich mit Maßnahmen, die die Abwehr drohender Gefahren für die Umwelt und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zum Gegenstand haben. Artikel 17 regelt die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen.

Artikel 18

Dieser Artikel hat die Erweiterung und Verbesserung von Transport- und Kommunikationsverbindungen zum Inhalt.

Artikel 19

Artikel 19 enthält Ausführungen zur Förderung von Reise- und Fremdenverkehr. In diesem Zusammenhang wird

auch der Verbesserung der Zoll- und Grenzabfertigung sowie dem Ausbau bestehender und der Einrichtung neuer Grenzübergänge Bedeutung beigemessen.

Artikel 20 bis 22

Mit ausführlichen Regelungen zur Minderheitenfrage in den Artikeln 20 bis 22 ist die deutsche Minderheit in der Republik Polen nicht nur erstmalig seit dem Zweiten Weltkrieg in ihrer Existenz förmlich anerkannt worden, sondern es konnte auch eine rechtlich gesicherte Grundlage für ihre Entfaltung in der angestammten Heimat geschaffen werden. Die wesentlichen Teile des europäischen Standards der Minderheitenrechte, wie er insbesondere im Dokument des Kopenhagener Treffens über die menschliche Dimension der KSZE sowie in den Empfehlungen des Europarats niedergelegt ist, konnten im Vertrag verankert werden. Artikel 20 gewährt den Anghörigen der deutschen Minderheit in Polen und den Personen deutscher Staatsangehörigkeit in Deutschland, die polnischer Abstammung sind oder sich zur polnischen Sprache, Kultur oder Tradition bekennen, umfassende Rechte, die sie einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen Mitgliedern ihrer Gruppe geltend machen können. Die Zugehörigkeit zur deutschen Minderheit in Polen bzw. zur polnischen Gruppe in Deutschland ist Sache der persönlichen Entscheidung des einzelnen, die ihm keinen Nachteil bringen darf. Artikel 21 Abs. 3 verweist auf die Möglichkeit, bei Bedarf Fragen der Minderheit auch auf höchster politischer Ebene zu erörtern sowie nach gegenseitiger Absprache eine gemischte Kommission zur Behandlung von Fragen der deutschen Minderheit in Polen zu bilden.

In dem ergänzenden Briefwechsel der Außenminister sind eine „Bemühens-Klausel" im Hinblick auf Personen polnischer Staatsangehörigkeit in Deutschland sowie Ausblicke auf weitere Rechte und Unterstützungsmaßnahmen für die deutsche Minderheit enthalten, die im Vertrag selbst noch nicht geregelt werden konnten. Dabei handelt es sich unter anderem um die Zulassung topographischer Bezeichnungen in deutscher Sprache in traditionellen Siedlungsgebieten der deutschen Minderheit und die Bereitschaft der polnischen Regierung, deutschen Bürgern im Zusammenhang mit der Perspektive des polnischen Beitritts zur Europäischen Gemeinschaft eine Niederlassung in Polen zu erleichtern. Außerdem nimmt die polnische Seite dort ausführlich zu den Aufgaben der vom Ministerrat der Republik Polen eingesetzten Kommission für nationale Minderheiten Stellung, zu deren Mandat auch die Einberufung eines aus Vertretern der Minderheiten bestehenden Beirats gehört. Ferner wird im Briefwechsel von beiden Seiten übereinstimmend klargestellt, daß der Vertrag Fragen der Staatsangehörigkeit sowie Vermögensfragen nicht regelt.

Artikel 23 und 27

Die Artikel 23 und 27 sind den kulturellen Beziehungen gewidmet. Artikel 23 hat die Intensivierung des Kulturaustauschs auf allen Ebenen zum Gegenstand und verweist auf die bestehende Gemischte Kulturkommission. In Artikel 24 zeigen sich beide Seiten entschlossen, die Tätigkeit der Kulturinstitute zu unterstützen und mit Leben zu erfüllen. Artikel 25 regelt insbesondere die Förderung von Sprache und Literatur des jeweils anderen Landes, die Entsendung sowie Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und die Bereitstellung von Lehrmaterial, während Artikel 26 die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Schulen, Hochschulen und wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen vorsieht. Artikel 27 befaßt sich mit der Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung.

Artikel 28

Artikel 28 hat insbesondere die Erhaltung und Pflege der Kulturgüter der jeweils anderen Seite zum Gegenstand und enthält Regelungen zum freien und ungehinderten Zugang zu diesen Kulturgütern sowie zu historisch und kulturell bedeutsamen Orten. In Absatz 3 kommt das beiderseitige Bemühen zum Ausdruck, sich für die Lösung von Problemen im Zusammenhang mit Kulturgütern und Archivalien, beginnend mit Einzelfällen, einzusetzen. Diese Formulierung bietet einen Ansatz für die Regelung von Fragen im Zusammenhang mit der Rückführung von Kulturgütern.

Artikel 29

In Artikel 29 kommt das Bestreben beider Seiten zum Ausdruck, persönliche Begegnungen zwischen ihren Bürgern auf allen Ebenen, zwischen Organisationen und im Rahmen von Städte- und Gemeindepartnerschaften, zu fördern.

Artikel 30

Artikel 30 dokumentiert die besondere Bedeutung, die dem gegenseitigen Kennenlernen der jungen Generation für die dauerhafte Verständigung und Versöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk beigemessen wird. In diesem Zusammenhang wird das Deutsch-Polnische Jugendwerk hervorgehoben, über dessen Errichtung am 17. Juni 1991 ein gesondertes Abkommen geschlossen wurde.

Artikel 31

Dieser Artikel befaßt sich mit der Zusammenarbeit der Medien, die beide Seiten im Dienste der Verständigung und Versöhnung fördern wollen. Es wird die grundsätzliche Möglichkeit der Herstellung, der Einfuhr und des Vertriebs von Publikationen in der Sprache des jeweils anderen Landes eröffnet.

Artikel 32

In Artikel 32 erklären beide Seiten, daß Gräber der anderen Seite auf ihrem Gebiet, insbesondere Gräber von Opfern der Kriege und der Gewaltherrschaft, unter dem Schutz der Gesetze stehen, erhalten und gepflegt werden. Die Tätigkeit der Organisationen, die für die Gräber von Opfern der Kriege und der Gewaltherrschaft zuständig sind, wird unterstützt. Die polnische Seite hat in den Verhandlungen ausdrücklich klargestellt, daß die Opfer der Vertreibung zu den Opfern des Krieges und der Gewaltherrschaft gezählt werden.

Artikel 33

Artikel 33 enthält Aussagen zur Weiterentwicklung, Intensivierung und Vereinfachung des Rechtshilfeverkehrs sowie zur Zusammenarbeit bei der Verbrechensbekämpfung.

Artikel 34

Artikel 34 regelt die Zusammenarbeit im Gesundheitswesen.

Artikel 35

In Artikel 35 wird die Einrichtung eines gemeinsamen Preises für besondere Verdienste um die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen vereinbart. Die Verleihung soll alljährlich erfolgen.

Artikel 36

Dieser Artikel hat die Verstärkung der Zusammenarbeit im Rahmen internationaler Organisationen zum Inhalt.

Artikel 37

Artikel 37 streicht ausdrücklich heraus, daß sich der Vertrag gegen niemanden richtet. Darüber hinaus enthält er eine allgemeine Unberührtheitsklausel vertraglicher Rechte und Verpflichtungen in bezug auf andere Staaten. Dies ist unter anderem bedeutsam im Zusammenhang mit EG-Verträgen.

Artikel 38

Neben den üblichen Schlußklauseln enthält Artikel 38 die Festlegung der Vertragsdauer auf zehn Jahre mit stillschweigender Verlängerungsmöglichkeit um jeweils weitere fünf Jahre. Diese Vertragsdauer wurde angesichts der Perspektive eines möglichen Beitritts der Republik Polen zur Europäischen Gemeinschaft gewählt.

Briefwechsel

im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit am 17. Juni 1991 in Bonn

Ziffer 1

In Ziffer 1 erklärt die Bundesregierung, daß sie sich bemüht, die Möglichkeit zu schaffen, damit auch in Deutschland lebende Personen polnischer Abstammung, die aber nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, weitgehend in den Genuß der in Artikel 20 genannten Rechte und der in Artikel 21 genannten Möglichkeiten kommen können.

Ziffer 2

In Ziffer 2 erklärt die polnische Regierung ihre Bereitschaft, deutschen Bürgern eine Niederlassung in der Republik Polen in der Perspektive eines polnischen Beitritts zur Europäischen Gemeinschaft zu erleichtern. Diese Ziffer ist eine Konkretisierung des allgemeinen Aspekts, daß viele die Minderheit betreffende Fragen bei Näherrücken eines Beitritts Polens zur Europäischen Gemeinschaft entfallen oder sich leichter lösen lassen werden.

Ziffer 3

In dieser Ziffer werden die Hauptaufgaben der Kommission für nationale Minderheiten erläutert, die durch Beschluß des Ministerrats der Republik Polen vom 7. September 1990 eingesetzt wurde.

Ziffer 4

In Ziffer 4 erklärt die Regierung der Republik Polen ihre Bereitschaft, die Frage der Zulassung deutschsprachiger topographischer Bezeichnungen in traditionellen Siedlungsgebieten der deutschen Minderheit in der Republik Polen zu gegebener Zeit zu prüfen. Darin liegt der Ausblick auf eine weitere Verbesserung für die deutsche Minderheit in der Republik Polen.

Ziffer 5

Ziffer 5 enthält zwei wichtige, von beiden Seiten übereinstimmend erklärte Klarstellungen. Die Feststellung, daß sich der Vertrag nicht mit Fragen der Staatsangehörigkeit befaßt, ist im Zusammenhang mit der Erwähnung der Staatsangehörigkeit bei der Umschreibung des Personenkreises in Artikel 20 Abs. 1 zu sehen. Die Feststellung der Nichtbefassung mit Vermögensfragen stellt klar, daß durch den Vertrag keine direkten oder indirekten Dispositionen über Vermögensfragen getroffen werden. Sie bleiben offen.



Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn 127172 9. 91
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333